

Lipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Aboonimentspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— M., bei Selbstabholung 1.00 M. — Durch die Post begogen vierjährlich 6.— M., für 1 Monat 2.— M. (Bestellgeld vierjährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.). — Postcheckkonto Nr. 58 477.

Postcheckkonto Nr. 58 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Hörnsprecher: 18 008.

Inseratenpreise:
Die 7 geplasterte Petitszelle 50 Pf. und 40 Pf. Tenerungszuschlag — 70 Pf.
Doppel. bei Plakatvorrichtung 65 Pf. und 40 Pf. Tenerungszuschlag — 77 Pf.
Schluß der Annahme von Inseraten ist die fällige Nummer frisch 9 Uhr.
Postcheckkonto Nr. 58 477.

Postcheckkonto Nr. 58 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Hörnsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Hörnsprecher: 2721.

Der Friede ratifiziert.

Beschluß der Nationalversammlung und Unterzeichnung des Reichspräsidenten.

Die Schule aus Zentrum verschachert!

Das Eperren der Rechtssocialisten gegen die Forderungen des Zentrums zur Schulgesetzgebung hat nicht lange gedauert. Die Herren Bauer, Haenisch usw. haben das sozialdemokratische Schulprogramm so gut wie völlig preisgegeben. Die freiheitlich gesinnte Lehrerschaft wird völlig im Stich gelassen.

Triumphierend medet die Germania: „Das Schulkompromiß ist fertig. Der Sieg ist errungen.“ Von einem Kompromiß kann in Wahrheit überhaupt nicht mehr die Rede sein. Ein Kompromiß bedeutet, daß zwei streitende Parteien beide von ihren Forderungen etwas nachlassen und sich auf einer mittleren Linie einen. In der Schulfrage aber haben die Rechtssocialisten vollständig bis zum letzten Tropfen nachgegeben; restlos sind sämtliche Forderungen des Zentrums erfüllt.

Die konfessionelle Schule ist in vollster Meinung erhalten. Der Religionsunterricht behält weiter seinen Platz im Lehrplan sämtlicher Schulen. Weiter wird, wie bisher, dieser Unterricht durch die Lehrer erteilt werden. Die Möglichkeit zur Errichtung von Privatschulen ist ohne jede Einschränkung bestehen geblieben, eine Maßregel, die der Unreinheitsfeind gar nicht zu übersehen vermag. In Wirklichkeit bedeutet dies, daß das Zentrum und die Kirche infolge ihrer gewaltigen noch bisher durch keine Steuer geschwächten Gelder und Schäfte in der Lage ist, überall Klosterhäuser zu errichten und so zersetzend auf das Volk einzurichten. Das unglaubliche an den getroffenen Fassungen ist das — und hierin wird die Regelung, wie sie vor der Revolution bestand, sogar noch übertroffen —, daß es den einzelnen Bundesstaaten verboten wird, durch selbständige Gesetze eine eigene Lösung der Kirchen- und Schulfragen zu treffen. Auf diese Weise hintertriebt man es, daß alle die deutschen Bundesstaaten, in deren Parlamenten eine sozialistische Mehrheit besteht, die Frage in freiheitlich-sozialistischem Geiste zu lösen.

Leser geht es nicht mehr. Einen solchen unerhörten Verrat an ihren Grundsätzen hat wohl noch keine Partei begangen, wie hier die Rechtssocialisten. Wie lange werden noch revolutionäre Arbeiter hinter den Mächtern dieses schufwirksamen Schulhandels herlaufen?

Das Zentrum herrscht, die Rechtssocialisten flüchten. Dafür hat es die glorreiche Politik der Scheidemann, Ebert und Döbeln gebracht.

Dieser Verrat macht das Maß übervoll. Wer es noch ehrlich mit der Revolution meint, der muß alle Kraft daran sehn, daß die Schulgen von der politischen Ohnmacht verschwinden.

Die Regierungskrise.

Der Reichswirtschaftsminister Wissell hat sein Rücktrittsgebot noch nicht eingereicht, weil die rechtssocialistische Fraktion ihn erachtet, denn der Gegensatz zwischen Wissell und den übrigen Kabinettsmitgliedern läßt sich nicht überbrücken. Es ist auch nur ein lärmhaftes Verlustschmausen, wenn der Vorwärts behauptet, die Wissel'sche Planwirtschaft sei noch nicht gefestigt, und von der Möglichkeit spricht, seine Pläne mit den Anschauungen seiner Kollegen in Einklang zu bringen.

In einem All-Telegramm aus Weimar wird übrigens die Möglichkeit angekündigt, daß die Demokraten wieder in das Kabinett eintreten würden, nachdem der Friedensvertrag, der den einzigen Differenzpunkt mit den beiden lebhaften Regierungsparteien bildete, erledigt ist.

Der Eisenbahnerstreik in Hamburg beendet.

Hamburg, 9. Juli. Am Mittwoch fand eine Versammlung der Ausländer statt, in der nach längerer Verhandlung die Wiederaufnahme der Arbeit für Donnerstag früh beschlossen wurde.

(Trotz des ablehnenden Beschlusses der Funktionärsversammlung hatten die Arbeiter der Betriebswerkstätten in Harburg und Ohlsdorf die Arbeit eingestellt.)

Der Belagerungszustand in Hannover.

Hannover, 9. Juli. Bei Schiebereien in der vergangenen Nacht wurden zwei Personen getötet und vier verwundet. Die Zahl der Opfer beträgt bis jetzt im ganzen fünf Tote und sieben Verwundete.

Der Kommandierende General hat die von den Vertretern der Arbeiterchaft beantragte Auflösung des Belagerungszustandes ab-

gelehnt. Das Erscheinen der Noten Röhne und des Volksreiches (Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie) ist verboten worden. Drei Kommunistenführer wurden verhaftet, deren Hauptführer Gottberg entlassen.

Bei nächtlichen Plünderungsversuchen wurde ein Mann in Matrosenuniform gefasst.

Der Berliner Verkehrsstreik.

Berlin, 10. Juli. Im Straßen- und Hochbahnsstreik in Berlin scheint es noch Blättermeldungen der erneuten Vermittlung des Völzgouvernements und dem Eingreifen mehrerer Stadtverordneten gelungen zu wollen, eine glückliche Wendung herbeizuführen.

Der Streik in Oberschlesien.

Beuthen, 9. Juli. Die Streillage im Abzweiler Neuler ist unverändert. Es streiken nach wie vor Anna, Nömer, Emma, Ulrich, Donnersmarck, Westfälischer Bergbau und Charlottengrupe.

Regierungskräfte in Barmen eingerichtet.

TU. Essen (Muhr), 10. Juli. Wie die Rhein. Westl. Bdg. mitteilt, sind in Barmen wegen Unruhen und Plünderungen neun Regierungskräfte eingerichtet. Die Soldaten sollen zur Verstärkung der Sicherheitswehr dienen. Die sozialdemokratischen Parteien ermahnen dringend zur Ruhe.

Die revolutionäre Bewegung in Italien.

Eine offizielle Beschwichtigungsnotiz.

Berlin, 9. Juli. (WTB.) Die hiesige italienische Militärmission bittet uns, mitzuteilen, sie habe von zuständiger italienischer Seite ein Telegramm erhalten, wonach die von einem Teile der Presse verbreiteten Nachrichten über Unruhen in Italien als übertrieben zu bezeichnen sind. Es handelt sich lediglich um hier und da vorgekommene Kundgebungen gegen die Lebensmittelsteuerung. Selbst in Italien, von wo die Bewegung am meisten ausgeht, sei die Ruhe, wie sonst überall, wieder eingetreten. Die vereinzelt ausgetretene Ausstände entbehren durchaus jeder politischen Bedeutung. (?)

Noch eine offizielle Darstellung.

Rom, 9. Juli. (Agencia Stefani.) In allen größeren Städten, wie Turin, Genua, Venetia, Palermo, Bologna, Mailand und Florenz verlief der gestrige Tag ziemlich ruhig, ausgenommen in Trento und Catania, wo die Kundgebungen gegen die Händler andauerten. Die Arbeiter haben die Arbeit überall wieder aufgenommen. Der Handel verläuft in geordneten Bahnen, die Behörden sehen die Preise herab.

Eine andere Darstellung.

Amsterdam, 9. Juli. In einem Telegramm berichtet der römische Korrespondent des Daily Herald u. a., daß sich in Florenz die Kavallerie weigerte, die Ausländer anzugreifen. In Perugia, Mantua, Voghera, Bitetto, Terni, Pistoia, Pisa, Verona, Bergamo und Jesi wurde am Sonnabend Generalstreik gemeldet. Die Regierung macht Anstrengungen, um zu verhindern, daß die Bewegung nicht auf die größten Städte des Landes übergreift. Sie hat die Präfekten beauftragt, die Preise um 50 Prozent herabzusetzen. Aber diese Maßregel scheint nicht zu genügen, um die Aufruhr zu dämpfen. Die Ladenbesitzer trachten, ihre Produkte dadurch in Sicherheit zu bringen, daß sie unter den Schutz der Arbeiterkommissionen stellen. Überall bestehen Arbeiterräte, die von der Regierung gebildet werden. Die Arbeiterkommissionen veröffentlichten ein Manifest, in dem sie zur Ruhe mahnen. Der Ministerpräsident steht fort dauernd. Aus Palermo vom Sonnabend meldet der Korrespondent, daß dort der Generalstreik ausgerufen wurde.

Hunderttausend Arbeiter zogen unter den Aulen: Nieber mit den hohen Preisen, durch die Straßen und zerrümmerter die Ausländergeschäfte der Geschäfte. Es kam zu schweren Zusammenstößen mit den Truppen. Zahlreiche wurden schwer verwundet, mehrere hundert wurden verhaftet.

Bern, 9. Juli. Die Tumulten dehnen sich auch in Südtirol immer weiter, vor. Plünderungen und andre Gewalttätigkeiten können nicht überall ohne ernsthafte Zusammenstöße verhindert werden. Dem Eingreifen der bewaffneten Macht sind weitere Tote und Verwundete zum Opfer gefallen. In Turin starben 40000 Arbeiter.

Die Ratifizierung des Friedensvertrags.

Weimar, 9. Juli. Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß die aldbundische und konservative Kreise ihre Interessen auch beim Friedensschluß über die des ganzen Volkes stellen würden, und wenn es dabei auch zugrunde geht, die heutige Sitzung hätte ihn glatt erbracht. Nachdem die Nationalversammlung am 22. Juni die Regierung ermächtigt hatte, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, war die Unterzeichnung der Ratifikationsurkunde eigentlich nur noch eine Formalität. Es war denn auch von den Parteien beschlossene Sache, daß Gesetze ohne besondere Rücksicht zu verabschieden, es sollten nur Erklärungen abgegeben werden. Das passierte aber den Deutschen-nationalen nicht, und sie beschlossen, die Verabschiebung des Gesetzes zu sabotieren. Von ihren eigenen Freunden aus dem Hause ist es ihnen vorgehalten worden. Geradezu abstöhnend wirkt ihre immer wiederholte Verhandlung, die unmittelbare Schuld am Kriege soll durch ein neutrales Gericht festgestellt werden; denn sie wissen ganz genau, wer die unmittelbare Schuldigen sind. Ihre flammende Entrüstung über den Schmachkrieg reicht sich denn auch nicht vor allem gegen die Kaiser, die das arbeitende Volk in Zukunft zu tragen hat, sondern gegen die Auskäferung Wilhelm und seiner Kriegshelden. Die Anteige, die sie stellten, beweisen das zur Genüge. Wehe aber noch die Auskäferungen, die der ehemalige Freistaat und seit einigen Jahren toll gewordene Altdutsche Traub machte. Wenn dieser Gewaltpolitischer jetzt auf einmal nach Recht und Gerechtigkeit schreit, er, der nicht nur an dem Versuch mitgeholfen hat, andre Völker zu unterwerfen, sondern auch an dem Unternehmen, das eigene Volk während des ganzen Krieges in die schmachvollen Fesseln zu schlagen, so weiß man das zu widerlegen. Er hat das Programm seiner Freunde entstellt, mit dem sie in Zukunft das deutsche Volk beglücken wollen. Er möchte offenbar der deutsche Boulanger werden, der es als seine vornehme Aufgabe betrachtet, die Savanne-Hude mit aller Macht ins Volk zu verpflanzen. In den Schulen soll in erster Linie dieser Savanne-gebante gelehrt werden, daß deutsche Volk soll gelöst für neue Kriege reif gemacht werden.

Die Ruhe des neuen Außenministers Müller war ein reelles Verlegenheitsprodukt. Ursprünglich wollte auch er nur eine Erklärung abgeben, da aber die aldbundischen Spektakelmacher darauf bestanden, daß geredet werden müsse, und auch die Vertreter aus den Mandatgebieten noch besondere Proteste abgeben „müssen“, so war er gezwungen, schnell eine Rede zu improvisieren. Auch die Reden der übrigen Fraktionsredner waren improvisiert und nur wiederholungen aus der Sitzung vom 22. Juni. Unter Henke beleuchtete die Situation trefflich, als er sagte, daß arbeitende Volk Deutschlands verbanke es der Unabhängigen Sozialdemokratie, daß es nicht neuen Kriegsfolgen unterworfen werde. Er kennzeichnete auch viel schärfer und mit mehr Recht als die übrigen Parteien den kapitalistischen Frieden der Entente. Um Gegensatz zu allen andern Rednern setzte er aber auch die Hoffnung auf die Abänderung des Vertrages nicht auf die Entfaltung nationalistischer Instinkte und Anrufung des Rechts bei den Ententeimperialisten, sondern auf die Solidarität der internationalen sozialistischen Arbeiterschaft und der Sozialisierung in allen kapitalistischen Ländern.

Bei der zweiten Sitzung verliefen die Deutschen-nationalen noch einmal die Verhandlung zu sabotieren, indem sie ihren ersten Antrag umgedreht auf neu einbrachten. Aber sie blitzen damit auch diesmal ab. Dafür rächen sie sich dann, indem sie namentliche Abstimmung beantragen. Genosse Haase sagte den Herrschäften, daß die Unabhängige Fraktion dieses Satzspiel nicht mitmache, denn nichts anderes wäre es, wenn man mit solch parlamentarischen Mitteln glaube den Friedensvertrag abändern zu können. Eine namentliche Abstimmung würde das Gesetz dann verabschiedet.

Der Friedensvertrag ist ratifiziert. Der Krieg ist damit freilich noch nicht ganz beendet, denn erst nach der Ratifikation des Vertrags durch mindestens drei Entente-Staaten tritt er in Kraft. Aber nach den Versicherungen der Ententeblätter wird die Blockade nach der Ratifikation durch Deutschland fallen. Wie die Entente es mit der Heimsendung der Kriegsgefangenen halten wird, ist allerdings noch nicht sicher bekannt. Es muß entschieden gefordert werden, daß sie nicht hinter den Profitinteressen der Kapitalisten, die die schnelle Aushebung der Blockade erfordern, zurückgesetzt werden.

Nebenfalls beginnt für den deutschen Volk in diesen Tagen der Friedenszugang. Eine Befreiung von den schweren Leidern der verlorenen fünf Jahre, kaum eine Erleichterung. Eine „Begnadigung“ des zum Tode Verurteilten zu lebenslänglicher Strafhaft.“ Wir müssen verzweifeln, willst du nicht, daß der Imperialismus der Weststaaten, der uns jetzt seinen Kriegsfaust auf den Nacken legt, seine verwundbare Stelle hat, daß die Kraft heranwächst, die ihr hilft wird.

Daran mitzuwirken durch die Gestaltung Deutschlands zur sozialistischen Republik, zu einem Gemeinwesen Freier und Gleiches, das ist die Aufgabe der Revolutionäre, die Aufgabe vor allem des Proletariats. Das, und nicht die Aufsetzung nationalistischer Nachschlüsse.

Wir werben nicht vergessen! So haben gestern die Vertreter der Reaktion in Weimar ausgerufen. Auch wir werden nicht vergessen! Aber wir denken doch an anderes, als die Träne und Rahl, wie denken an die Verbrechen unserer ehemaligen Herrschenden, an die Verbrechen der bürgerlichen Parteien und der Reichsregierung, an die Verbrechen des Kapitalismus, die uns in diesen Ozean des Elends gestürzt haben. Und indem wir den Kampf mit seinen blutigen Bluten aufnehmen, und nach dem rettenden Ufer des Sozialismus steuern, geloben wir, die Erkenntnis dieser Verbrechen im deutschen Volke zu wecken und wach zu halten, auf daß es nie wieder die Freude und das Opfer verbrecherischer Gewalt- und Raubpolitik werden kann!

Berlin, 10. Juli. Dem Beschuß der Nationalversammlung folgend hat gestern abend 8 Uhr der Reichspräsident die Ratifikation des Friedensvertrages vollzogen. Abzöhl ist die entsprechende Urkunde durch Kurier nach Versailles abgesandt worden.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Berlin, 9. Juli. Von zufriedener Stelle wird erklärt: Von einer von einem hiesigen Mittagsblatt gebrachten Meldung aus dem Hause ist von einer Besprechung zwischen dem Vorsitzenden der Deutschen Friedensdelegation Freiherrn v. Lersner und dem Generalsekretär der Entente konferenz Ducas über die Rückbesörderung der deutschen Kriegsgefangenen die Rede. Hierin findet sich die Bemerkung, es steht grundsätzlich fest, daß die Rücksendung der Kriegsgefangenen in gleichem Maßstabe erfolgen sollte, in welchen deutsche Arbeiter in Frankreich zu den Wiederherstellungsarbeiten im zerschütterten Gebiet eintreffen. Dieser Ausschluß muß auf das Entschiedenste entgegengesetzt werden. Deutschland ist selbstverständlich bereit, an dem Wiederaufbau in Nordfrankreich mitzuwirken und zu diesem Zwecke geschulte deutsche Arbeiter zur Verfügung zu stellen. Es ist indes nicht angängig, die Bereitstellung dieser Arbeitskräfte in irgendeiner Weise mit der Heimbesörderung der Kriegsgefangenen in Zusammenhang zu bringen; diese hat vielmehr nach Artikel 214 des Friedensvertrages ohne weiteres nach Eintrittstext mit der größten Beschleunigung zu erfolgen.

Die Rückkehr der Kriegsgefangenen ins Saargebiet.

Vom Saargebiet wird mitgeteilt:

Das Saargebiet erhält von der Entente das erste Beiben ihres Gebiet beherrschtes Land. Das Beiben, unter dem die Heimkehr der deutschen Soldaten erfolgt, ist ausgeschaut in der Belastungnahme, die in einigen Zeitungen des Saargebiets zu lesen ist. Die Bevölkerung wird darin dringend von ihren Befreiern ermuntert, bei dem Empfang der Kriegsgefangenen keine Kundgebungen auf den Straßen zu veranstalten, insbesondere keine patriotischen Reden zu singen.

Wie aus den Berichten über die Ankunft der Freigefassten hervorgeht, bereitete die Bevölkerung den Heimkehrenden einen rührenden Empfang.

Ähnliche Veranerkundungen der Militärverwaltung verordneten, daß nach Ablauf von 24 Stunden nach ihrer Ankunft die Kriegsgefangenen alle militärischen Abzeichen von Bekleidungsstücken entfernen müssen. Außerdem ist das Tragen militärischer Kopfbedeckungen unbedingt untersagt. Jeder Kriegsgefangene, der sich diesen Anordnungen widersetzt, wird sofort verhaftet.

Am ganzen sind 1200 Gefangene aus dem Saargebiet freigelassen worden.

Die Liste der Auszuliefernden.

Paris, 9. Juli. Die Liste der an die Alliierten auszuliefernden Deutschen wird heute in einigen Blättern vervollständigt. Man findet darunter noch den Herzog Albrecht von Württemberg (Württemberg (Württemberg in Somme-Py, Niedermelungen in Namur), Generaloberst von Kluck (hat angeblich Frauen und Kinder vor seinem Heer hergetrieben), General Leman von Sanders (Niedermelungen in Armenien und Syrien), Generalmajor Stanger (sterblich am 20. August 1914 einen Armeebefehl, von diesem Tage an dichten keine Gefangenen mehr gemacht werden), General v. Ostromsky (Plunderung von Cognac, Gräbenne, Erschiebung von 103 Zivilisten), General v. Tessen (Erschiebung von 111 Einwohnern von Arlon), ferner folgende Kommandanten von Gefangenlagern: General Oláh (Kassel und Düsseldorf), Lieutenant Nagy (Budapest), Major v. Goer (Magdeburg) und Schreiber Niemeyer (Hannover und Kassel).

Die Londoner Morningpost meldet: Die in französischer Gefangenenschaft befindlichen deutschen U-Boots-Kommandanten und ein Kapellen-Kommandant werden demnächst nach London übergeführt werden. Nach demselben Blatte rechnet man damit, daß die Prozesse bereits im August ihren Anfang nehmen werden.

Wiederaufnahme des freien Handels.

Wie aus Paris gemeldet wird, soll gleichzeitig mit der Aufhebung der Blockade auch die Kontrolle abgeschafft werden, die bisher von dem Obersten Wirtschaftsrat ausgeübt wurde. Dann werde es jedem Franzosen freistehen, mit deutschen Geschäftsmännern und Unternehmern in Verbindung zu treten. Wie der New-York Herald mittelt, hat der Oberste Wirtschaftsrat ferner beschlossen, gleichzeitig mit der Aufhebung der Blockade auch die schwarzenlisten abzuschaffen, so daß der deutsche Handel auch in dieser Beziehung grundsätzliche Bewegungsfreiheit erhalten werde.

Eine juristische Begründung im neuen Deutschland.

Der frühere Vorwärtsredakteur Dr. Ernst Meyer wird auf Grund des Belagerungszustandes in Schlußhaft gehalten. Herr Noske hat diese Haft kürzlich durch einen neuen Befehl ausdrücklich verlängert. Dagegen hat Dr. Meyer Beschwerde beim Reichskammergericht eingereicht. Dieses kam zu folgender salomonischen Entscheidung:

Der Senat nimmt zwar an, daß die Angaben des Dr. Meyer über seine grundsätzliche Ablehnung der Gewaltanwendung glaub-

haft seien. Da aber andere Mitglieder der Kommunistischen Partei für Gewaltanwendung sind, so würde eine Beleidigung des Dr. Meyer für seine Partei mittelbar zur Förderung der gewaltigen Umsturzaktivität beitragen. Deswegen muß der Haftbefehl aufrecht erhalten bleiben.

Alle Sichtung vor solchem juristischen Schauspiel! Den Herren des Reichsmilitärgerichts wird es sicher ein Leichtes sein, mit einer ähnlichen Begründung sämtliche Einwohner des deutschen Reiches vom Wadelgreis bis zum Säugling ins Stock zu bringen. Denn schließlich gehört jeder wohl irgendwelcher Gruppe oder Gemeinschaft an, in der irgendwelches Mitglied Gewaltanwendung gegen eine ihm nicht passende Regierung für erlaubt hält. Vermutlich muß man sich nur, daß nicht sämtliche Mitglieder der Reichswehrtruppen eingestellt sind, sinnieren in der letzten Zeit verschiedene Offiziere dieser Truppen ganz offenbaren ihre Meinung befunden haben, die Regierung Bauer-Erberger zum Teufel zu jagen.

Doch im Ernst: Ist jemals eine staatliche Einrichtung durch eine behördliche Kundgebung derartig gebrandmarkt worden, wie Belagerungszustand und Schlußhaft durch diesen Entschluß des Reichsmilitärgerichts?

Der gefährliche Eichhorn.

Der Untersuchungsausschuss der Preußischen Landesversammlung setzte heute die Vernehmung des Genossen Eichhorn fort. Fragen und Antworten führen wiederholzt zu lebhaften Auseinandersetzungen, an denen sich auch die Regierungsveteraner Schlemmer, Döys und erster Staatsanwalt Weißmann beteiligten.

Der Vorsitzende teilte sodann mit, daß der Reichswehrminister erklärt habe, daß Freigekleid für Eichhorn unter keinen Umständen über das Ende dieser Woche hinaus verlängert zu wollen. Der Ausschuss beschloß daher, nachdem Polizeioberrat Höhlich in Anwesenheit Eichhorns vernommen worden war, in einer Abendstunde zunächst Eichhorn weiter zu befragen. Die andern Zeugen sollen dann ohne Anwesenheit Eichhorns vernommen werden, und, falls es erforderlich erscheint, wird der Ausschuss zur Begrenzungserstellung der Zeugen und Eichhorns, später noch einmal Freigekleid für ihn beim Reichswehrminister beantragen.

Tagung Deutscher Bahnpolizeibeamten in Magdeburg.

Die Bahnpolizei Deutschlands, mittlere und untere Polizeibeamte, halten sich zum erstenmal zur Vertretung ihrer Berufsinteressen in Magdeburg vereinigt. Auch in diesen Beamtenkreisen herrscht starke Erregung und Unzufriedenheit, da dem Bahnpolizeidienst von maßgebender Stelle nicht die genügende Wertung zuteil wird und alte Anregungen zu Verbesserungen im Interesse des Betriebes wie des Personals von höheren Beamten mit lächelnder Miene und der Beste des Wohlwollens erledigt werden. Wohlwollen lehnen aber die Bahnpolizeiherren ab, Gleichberechtigung und gerechte Anerkennung ihrer Leistungen erstreben sie.

Die Bahnpolizeibeamten fordern bessere Wertung ihrer schweren, nervenzerreibenden Hand- und Kopfsarbeit. Der Bahnpolizeibeamte sei weder kontrolliert noch missbraucht, sondern Arbeitsblüte im wahren Sinne des Wortes. Daher, Jahres, Jahrzehnt, Tag und Nacht im engen Raum, im rollenden Bahnpersonenwagen muß er oft in größter Hast sein Arbeitspensum leisten. In seinem Staatsbetriebe, von keinem anderen Beamten wird in so intensiver Weise Arbeit geleistet und gefordert wie vom Bahnpolizeibeamten. Nicht aus Überhebung, sondern aus Zwang im Kampf um die Existenz, um die Sicherstellung des Berufsstandes, muß dies vor aller Offenlichkeit einmal gesagt werden. Die Bahnpolizeiherren fordern deshalb eine Vertretung in den Arbeitsgemeinschaften beim Reichspostministerium, und in den Ausschüssen der Oberpostdirektionen; eine einheitliche Entschließung der Nebenbezirke in gleicher Höhe für mittlere und untere Beamte; eine Vergütung in irgendeiner Form für den früheren Verbrauch der Nervenkraft; einen Prozentualen Bushag bei stellvertretender Pension durch Unfall, die Wiedergewährung der Erfahrungsgelder für die Nachstunden während der Fahrt.

Alle Wünsche und Anregungen sollen dem Reichspostministerium unterbreitet werden.

Die Lage in Ungarn.

Eine neutrale Zone.

Budapest, 8. Juli. (Keine Zeitmeldung.) An einer am 25. und 26. Juni und am 1. Juli in Preßburg stattgefundenen Zusammenkunft unter Teilnahme des französischen Generals Mittelhauser als Hauptbeamter des Generals Pels und dem Oberstkommandierenden der tschechoslowakischen Armee einerseits und dem Volksbeauftragten Peter Ágoston als Vertreter der ungarischen Räteregierung andererseits, wurde unter Vorbehalt der Ratifizierung durch die tschechoslowakische Regierung, bezüglichweise ungarische Räteregierung die Errichtung einer neutralen Zone beiderseits der Demarkationslinie beschlossen. Die Verwaltung dieser Zone liegen die beiderseitigen nationalen Behörden. Für den Fall von Meinungsverschiedenheiten steht beiden Parteien die Entscheidung einer gemeinsamen Kommission zu, bestehend aus Engländern und Amerikanern als Vorsitzenden, je zwei tschechoslowakischen und ungarischen Mitgliedern. Hierzu bemerkt ein halbamtliches Comptique: Clemenceau hatte für den Fall der Nichterfüllung seiner Forderungen gedroht, daß die ungarische Räteregierung es mit den ganzen bewaffneten Macht der Entente an tun bekommen werde. Die Räteregierung ist sich wohl im Klaren darüber, daß die Entente über ein mehrere Millionen starkes guaduierisiertes Heer verfügt, welches aber wegen des in ihm herrschenden Geistes zu jeder größeren Operation unfähig ist. Sie hätte also den Kampf mit der Entente wohl aufnehmen können, hätte aber dann zum Schaden des wirtschaftlichen Lebens des Ungarlandes noch mehr Soldaten einberufen müssen. Mit unserem Ratstag haben wir der Entente eine Waffe aus der Hand geschlagen, die sie immer mit Vorliebe zur Arrestierung der eigenen Völker braucht, nämlich, daß die ungarische Räteregierung ihr bolschewistische imperialistische Biele kämpfe.

Deutschland.

Zusammenkunft der Finanzminister in Wiesbaden.

TU. Wiesbaden, 10. Juli. Der Reichsfinanzminister Erberger hat in seiner Programmrede durchblicken lassen, daß er die Kompetenzen der Reichsfinanzverwaltung auf dem Gebiete der Steuerveranlagung und Steuererhebung wesentlich zu erweitern gedenkt. Die einzelfinanziellen Finanzminister werden nunmehr am Sonntag in Wiesbaden erwartet, um diesen Plan des Finanzministers Erberger zu besprechen. Wie die Frankfurter Zeitung berichtet, besteht bei den einzelfinanziellen Regierungen eine gleiche Erregung über diese neuen Pläne, weil sie darin das Ende ihrer Selbständigkeit sehen.

An diesem partikularistischen Widerstande darf die sehr notwendige Maßregel nicht scheitern!

Herr Schneppenhorst gerettet?

Der Prozeß des bayrischen Kriegsministers Schneppenhorst gegen den Redakteur Rudi von der Neuen Zeitung in

München ist am Mittwoch mit der Verurteilung des Befragten zu 800 Mk. Geldstrafe wegen Beleidigung Schneppenhorsts beendet worden. Die Geschworenen haben also Herrn Schneppenhorst aktenmäßig, daß er bei der Errichtung der bayerischen Räterepublik in Doppelspiel getrieben habe. Dieses Urteil erscheint eigenartig nach den Zeugenaussagen, die bestimmt lauteten, daß Schneppenhorst sich damals für die Räterepublik erklärt habe. Allerdings sind zum Schluss Zeugen aufgetreten, die das Gegenteil beurtheilt. Indes können sie doch nur den Eindruck verstärken, daß Herr Schneppenhorst keine unzweideutige Haltung eingenommen hat.

Orden und Titel in Preußen gerettet.

Orden und Titel sollten in Preußen nach einer Verordnung vom 14. Dezember 1918 nicht mehr verliehen werden. Daran haben sich aber, wie in der preußischen Landesversammlung vom Sonnabend Genosse Budwig feststellte, weder die Regierung noch Rosse, bezw. die militärische Regierung gehalten. Und so war es diesen wohl erlaubt, daß vielleicht auf ihren Wink hin — im Verfassungsausschuss die Aufhebung der Verordnung beantragt wurde und daß dieser Antrag dort auch durchging; durchging mit Hilfe der Rechtssozialisten, die gleichfalls für die Aufhebung stimmen. Über Nacht waren ihnen aber doch Bedenken aufgetreten. Im Plenum stimmten sie für die Beibehaltung der Verordnung. Und die Demokraten entsprachen sich auch als Zweitebenenwesen, Grundsätzlich gegen den Ordens- und Titelzug, stimmten sie für die Aufhebung der Verordnung im — bitte nicht zu lachen — im Interesse der Kriegsinvaliden. Und so wurden Orden und Titel noch einmal gerettet.

Die Verhandlungen über die Rheinlande. Von der Entente ist, wie die Deutsche Allgemeine Zeitung erzählt, durch Herrn Dutalla eine Mitteilung gemacht worden, daß die Verhandlungen über die Verwaltung der Rheinlande unverzüglich beginnen sollen. Es wurde gleichzeitig der Wunsch der Entente nach baldiger Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zum Ausbruch gebracht.

Die Vermögensabgabe wird angeblich nicht verschoben werden. So wird entgegen Meldungen einiger Bildner offiziell von Weimar verschont.

Die Streiks in Oberhessen sind politischer Natur. Die Streikenden fordern die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Auflösung der Grenzschutz, die Freilassung der politischen Gefangenen und die Begnadigung der Verurteilten.

Annäherung Deutsch-Oesterreichs an das Reich. Ein Erlass des Wiener Universitätssekretärs für Österreich erkennt die an den Hochschulen im Deutschen Reich zurückgelegte Studienanforderung und die im Deutschen Reich erworbenen akademischen Grade sowie die abgelegten Hochschulprüfungen an.

Der Bankbeamte Marx freigesetzt. Berlin, 9. Juli. Nach der B. B. am Mittag erfolgte die Verhaftung des Bankbeamten Marx, weil er sich dadurch, daß er nach dem Auftreten Clemens die Saalstufen schließen ließ, damit den Behörden seine Mittellage von den Auftreten gemacht werden könnte, einer Begünstigung im Sinne des Strafgesetzes schuldig gemacht hat.

Marx wurde jedoch nach kurzer Zeit im Auftrage der Staatsanwaltschaft wieder auf freie Fuß gesetzt, nachdem er sich verächtlich hatte, den Vorladungen der Staatsanwaltschaft Folge zu leisten.

Eine schwache Mehrheit für Clemenceau.

In der französischen Kammer hat der Minister Bichon am Mittwoch auf verschiedene Angriffe erwidert, daß die Regierung die Senats noch der Ratifikation des Friedensvertrages aufheben werde. Dann werde auch der Belagerungszustand fallen. Vor der Ratifikation könnte aber die Regierung auf die Sicherheitsmaßregeln nicht verzichten. Die Abstimmung über das von Bichon beantragte Vertrauenvotum ergab die schwächste Mehrheit seit dem Bestehen des Kabinett Clemenceau: 258 gegen 202 Stimmen. Die Deputierten waren besonders enttäuscht, daß der Minister seinen bestimmten Termin für die Ratifikation des Friedensvertrages angab.

Truppenmeuterei in England.

Amsterdam, 9. Juli. Wie Daily Mail aus Plymouth meldet, kam es auf dem früheren britischen Dampfer Prinz Ludwig auf dem ein großes australisches Truppenkontingent nach Australien befördert werden sollte, zu Unruhen, weil die Mannschaften keinen Urlaub erhielten. Da den wiederholten Forderungen der Mannschaften nicht stattgegeben wurde, drohten sie, das Schiff zu versenken. Einige Stunden später ereignete sich auf dem Prinz Ludwig eine große Explosion. Weitere Einzelheiten konnten nicht in Erfahrung gebracht werden, da die Behörden jegliche Auskunft ablehnen. Die Tatsache, daß die Truppen an Land gelassen wurden, beweist, daß sie ihren Willen durchgesetzt haben.

Einschränkung der englischen Flottenförderung?

Amsterdam, 9. Juli. Den englischen Blättern zufolge beantragte die Regierung im englischen Unterhause die Anfrage, ob das Flottenprogramm infolge der Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow abgeändert werde, mit nein. Das Bauprogramm für 1920 sei bereits vor der Versenkung der deutschen Flotte anscheinlich herabgesetzt worden.

Englands irische Sorge.

London, 9. Juli. (Neuert.) Mit Absicht auf die große Bedeutung der schweren Verbrechen und die Aufrisse zu den Verbrechen durch die Anhänger der Sinnfeiner, besonders in der Grafschaft Tipperary, wurde in Dublin eine Verordnung erlassen, welche die Sinnfeiner-Organisation und die ihr verwandten Bestrebungen in der Grafschaft Tipperary unterdrückt.

Möglichkeit der Entente-Schlüsse in Rußland.

Paris, 9. Juli. Havas meldet aus Helsingfors: Nach Nachrichten aus Washington hat sich die russische weiße Armee in Ingemanland auf der ganzen Linie zurückgezogen.

Verhältniszwahlrecht in Frankreich.

Versailles, 9. Juli. Die Kammer nahm gestern mit 304 gegen 121 Stimmen die Wahlreform nach dem vom Senat abgeänderten Text an, wodurch die Votenabstimmung mit Verhältniszwahl eingesetzt wird. Als Wahlbezirk gelten die Departements.

Kleine Auslandsnachrichten.

Blutige Unruhen in Warschau.

Berlin, 10. Juli. In Warschau kam es, wie verschiedenes Blätter berichten, in den letzten Tagen infolge bolschewistischer Agitation zu blutigen Vorfällen.

Eröffnung der Einbürgerung in der Schweiz. Ein neuer Gesetzentwurf des Schweizer Bundesrates sieht bis zu einer Neuerung der Einwanderungsgesetzgebung verschärfte Anfangshaltungsbedingungen für die Einbürgerungsbewerber vor.

Nationalversammlung.

51. Sitzung vom 9. Juli.

Beide und Tribünen sind sehr stark besetzt. Am Regierungsbüro: Bauer, Müller, Erzberger, Noske, Bell, Schmidt, David, Hirshne, deutsch-österreichischer Gesandter Dr. Hartmann u. a.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur

Nationalisation des Friedensvertrages.

Ein Herzog eingegangener Antrag der Deutschen Nationalen Volkspartei, die Nationalisation vorzunehmen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, 1. daß vor dem Inkrafttreten der Artikel 227 bis 230 von Vertrags des Völkerrechts von Rus ein Gutachten darüber eingeholt wird, ob es nach den anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts zulässig oder üblich und gerechtfertigt erscheint, mit rückwirkender Kraft einen Gerichtshof zur Aburteilung vorhergehender angeblicher Verstöße gegen das Völkerrecht einzusehen und auf vorher noch nicht angekündigte gewesene Strafen zu erkennen, 2. daß im Interesse der Gerechtigkeit zur Untersuchung der Schuldfrage am Ende eines neutralen Gerichtshof eingesetzt wird, soll erst in der zweiten Sitzung zur Beratung kommen.

Minister des Auswärtigen, Müller:

Zum Friedensvertrag selbst haben Sie und wir bereits Stellung genommen. Aufrechterhalten bleibt heute und immer unser einfließiger Protest gegen diese Vergewaltigung. (Lebhafte Beifall.) Aufrechterhalten bleibt aber ebenso unsre Absicherung der Vertragsausführung bis zum Neuersten, ohne hinterhältigkeit, ohne Vorbehalt. Unwollteit wir die uns auferlegten Pflichten für unerfüllbar halten, haben wir ausgeführt, als unsre Unterschrift erworben wurde. Über für die Grenze der Erfüllbarkeit darf uns keine Schuld und kein Vorwurf treffen. Unter ganzem Volk steht heute vor dem Ausbruch zu einem 40jährigen Krieg durch die Witte. Der erste Schritt auf dem Leidensweg ist die Nationalisation. Wir haben sie zu folge der letzten Note Clemenceaus beschleunigt, da uns die Auseinandersetzung der Blockade in Aussicht gestellt ist. Neben der Gewissheit der Aufhebung der Blockade haben wir noch die Hoffnung auf Rückkehr unserer Kriegsgefangenen. Wenn das Wort Freiheit nicht jeden Sinn verlieren soll, muß die Rückgabe der Gefangenen jetzt erfolgen. (Lebhafte Beifall.) In weitestgehendem Maße sind Vorkehrungen getroffen, die Rückkehr auf rohstem Wege zu ermöglichen und den zurückgelehrten Gefangenen Arbeit und Verdienst zu sichern. (Lebhafte Beifall.) Wir danken von Herzen den neutralen Staaten, dem Papst und dem Roten Kreuz für das, was sie im Interesse unsrer Kriegsgefangenen getan haben. Wir wollen unsre Dankeschuld in Werken des Friedens abtragen. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir haben nicht die Macht, das Unglück der Verschließung Deutschlands zu verhindern, wollen aber den von uns abgetrennten Deutschen versichern, daß wir sie nie vergessen, wie wir auch sehr glauben, daß sie niekehrt unter gemeinsame Geschichte vergessen und unsre gemeinsame Zukunft nie vergessen werden. Um überlegen wollen wir unser deutsches Haus mit all den uns verbleibenden Kräften in der schweren Leidenszeit so aufzutreten, daß in unseren Schwestern und Brüdern, die uns entrissen werden, das Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit wach bleibt, bis auf friedlichem Wege in hoffentlich nicht zu ferner Zeit, in einem wahren Bund der Völker, alle kritischen nationalen Probleme eine gerechte, das heißt den Willen der Völker achtende Lösung finden. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Arzigh (Mechthod.) erklärt namens seiner Partei: Wir stimmen der Nationalisation zu aus denselben Gründen, die uns neulich veranlaßten, der Regierung die Vollmacht zur Unterzeichnung zu erteilen. Mit der Nationalisation reihen wir die Schranken wieder, die unsre Gefangen die Niederkunft in die Heimat und zu den Familien versprechen. Wir protestieren gegen den Gewaltfrieden, der die Verführung der Völker hinterzieht und Europa zu einem Explosionsherd für neue blutige Kriege machen droht. Wir werden nie aufhören, dagegen zu protestieren, daß Elsass-Lothringen unter Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechts an Frankreich abgetreten werden muß. Wie werden wir uns damit absöhnen, daß man unter Vaterland in Süßig reicht und eine große Anzahl von Volksgenosse unter fremde Herrn zwingt? Wir geloben heute: Die entzessenen Pandemie werden wir nie vergessen, sondern alle Zeit dafür sorgen, daß sie als Deutsche nicht angreifen gehen. (Beifall.) Unzerstörbar bleibt das Bündnis mit Österreich und die Hoffnung, daß alle Deutsche auf Grund des Selbstbestimmungsrechts in einem Einheitsstaat vereinigt werden. Protest erheben wir gegen die Besetzung unsrer Kolonien. Das deutsche Volk wollte diesen Krieg nicht. Er war nicht das Werk einzelner Personen, sondern des imperialistischen internationalen Kapitalismus, und wer unser Volk als den Schulden am Kriege hinstellt, spricht eine wölfentliche Unwahrheit aus. Wir werden uns bemühen, den Vertrag sozial abzuschließen. Wenn die Erzeugung, die unsre Volkssöldner jetzt erschöpft ist infolge der unerhörten Kriegsnöte, vorüber ist, dann wird der Welt offenbar werden, daß die kulturstörende Arbeit des deutschen Volkes und dieses Kriegsgeist werden muß. Das wird geschahen in den Zusammensetzen der klassenbewußten Arbeiter aller Länder. Wir sind überzeugt, an einem Tage wird sich die Macht der internationalen klassenbewußten Arbeiter stärker erweisen als der Imperialismus. Dann wird auch das Recht dieses Krieges widerstehen werden.

Abg. Dr. Spahn (Btr.): Der Friedensvertrag ist das Ergebnis einer uns über den Friedensschluß hinaus verfolgten Universalfeindschaft. Er mutet uns ein wahnsinniges Schuhbekleidnis an, fordert die Auslieferung deutscher Männer gegen unser Geschäft und deutsches Recht, nimmt uns deutsches Land in West und Ost, raubt uns alle unsre Kolonien und läßt noch den Schimpf kolonialistischer Unchristlichkeit hingehen. Mit diesem Schimpf erschlägt uns diese Erkrankung deutscher Ehre und diese Verstörung deutscher Kultur. Wir stimmen trotzdem dem Friedensvertrag zu, nicht aus freiem Willen und innerer Neuerung, sondern lediglich aus dem harren Zwange der Fassade, daß Fleisch vor Angst und Herrschaft an reiten und Volk und Vaterland vor dem inneren Untergang zu bewahren. Das Fleisch wird nach besten Kräften suchen, den Vertrag zu erfüllen, aber binnen kurzem wird sich zeigen, daß er in vielen und wesentlichen Teilen unerfüllbar ist. Schon deshalb ist eine baldige Revolte eine unabwendbare Notwendigkeit.

Abg. Schlesina (Dem.): Meine Partei erklärt, daß sie dem Gesetz über den Friedensvertrag nicht zustimmen kann. Sie überträgt vielmehr diese Zustimmung der Wohlheit, die am 27. Juni die Regierung zur Unterzeichnung ermächtigt hat. Die Partei sieht sich heute wie damals, von der Erwaltung losgelassen, daß aus der Annahme dieses Friedens dem deutschen Volke noch schwererer Nachteil droht als aus der Abschaffung. (Schr. rechts! b. Dem.) Wenn der Friede nunmehr trotz Widerstrebens unsrer Partei aufzusteht kommt, so müssen wir uns doch ehrig mit dem ganzen Haufe in seiner moralischen Verurteilung. Wir müssen ihn betreulich erfüllen, soweit es sich erfüllen läßt, aber unerfüllbar bleibt für uns der innere Bereich auf den staatlichen Zusammenschluß mit Millionen unsrer Volksgenosse, die gegen ihren Willen von uns losgerissen oder am Zusammenschluß mit uns gewaltsam verhindert werden. (Lebhafte Beifall.) Jetzt protestieren feierlich vor aller Welt gegen diese Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. (Lebhafte Beifall.) gegen alle die anderen Bestimmungen des Friedensvertrages, die mit den uns angelaufenen und von uns vertraulich angenommenen Rechtsgrundlagen des Friedens unvereinbar sind. Wir sehen unsre Hoffnung auf das Künftige der Welt und auf das Wiedererwachen und Ersteren des Menschenbedarfs. (Lebhafte Beifall.) Man wird erkennen, daß ein Attentat gegen die Freiheit und das Leben eines Rosses ein Attentat gegen alle Männer ist (Beifall.) Die Freiheit, die wir für unsre Volksgenosse aus den abgetrennten und behaupteten Gebieten im Westen fordern, werden wir erhalten durch die binnerende Arbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes, das ihnen und uns für alle Zeiten gleich teuer bleiben wird. Deutsche Brüder und Schwestern im Norden, im Westen und im Osten, wir deutsche Demokraten rufen euch zu: Bleibt Deutschland treu! (Lebhafte Beifall.)

Abg. Traub (Deutschland): Im Namen meiner Partei habe ich folgende Erklärung abzugeben: Einheitlich hat unsre Partei be-

schlossen, der Nationalisation zu widersetzen. Wir sind uns der Folgen einer Ablehnung voll bewußt, gerade deswegen aber lehnen wir die Verantwortung für den Vertrag ab. Mit unserm Antrag, der noch einmal die Stimme des Reichs anruft, machen wir einen leichten Vertrag, einen Appell an das Weltgericht zu richten. Redner beschlägt sich ausschließlich mit den Leben Louis Georges und Clemenceaus. Hätten wir den Friedensvertrag abgelehnt, es könnte nicht schlimmer sein. Der Tag der deutschen Freiheit wird einst kommen. Sollte man es wagen, die Hände auf die besten Führer unseres Volkes zu legen, so sagen wir: Hände weg! (Beifall.) Alles hat seine Grenzen. Die Ehre ist kein leerer Wahn, sie ist alles. Die Wunde dieses Friedensschlusses wird und soll niemals vernarben. (Stimmlaute Beifall rechts, auch auf den Tribünen erhebt lebhafte Beifall und Handklatschen.)

Präsident Gehrenbach erklärt, daß er im Falle der Wiederholung der Aufforderungen auf den Tribünen diese räumen lassen werde. (Große Unruhe.)

Abg. Dr. Dahl (Dtsch. Bpt.): Meine Partei erklärt, daß sie ihre Zustimmung zur Nationalisation nach bestem Wissen und Gewissen nicht zu geben vermögen. Sie wiederholt ihre Ablehnung im vollen Bewußtsein der Verantwortlichkeit, die sie damit vor der Weltgesellschaft und dem deutschen Volke übernimmt. Wir werden niemals, wenn dieser Frieden zum Weltgericht erhoben werden sollte, seine Rechtmäßigkeit fest anerkennen, wir lehnen einen solchen Frieden heute und immer ab. (Beifall und Handklatschen.) Präsident Gehrenbach macht darauf aufmerksam, daß auch die Abgeordneten des Hauses nicht in die Hände fassten dürfen. — Widerspruch rechts.

Abg. Henke (M. Soz.): erklärt im Namen seiner Partei: Auf unsre Initiative ist die Regierung am 22. Juni zur Untersuchung des Friedens verpflichtet worden. (Geflüster im ganzen Hause.) Wir stimmen dem Vertrage zu unter dem Awanne der Gewalt, genau die wir uns nicht wehren können. Eine Abwehr durften wir nicht versuchen, weil sie von neuen und noch gefährlicheren Feinden für unser Volk befürchtet werden wäre. Wir wollten das Volk von der Last des Krieges befreien, um seine Neugestaltung im Geist des Sozialismus zu ermöglichen. Wir verlangen die sofortige Aufhebung der Blockade und die Rückkehr der Gefangenen. Wenn wir dem Vertrag wirklich zustimmen, so haben wir doch in jedem Punkte unsrer Meinung über ihn ändert. (Beifall bei den Unabh.) Es ist ein Friede der Gewalt und der Ausbeutung.

der Artikel des Kapitalismus.

Wir legen Verwahrung daran ein, daß Millionen unsrer Staatsangehörigen unter schändlicher Misshandlung des Selbstbestimmungsrechts aus dem Deutschen Reich herausgerissen werden. Den Völkerbund brandmarken wir als

die Allianz gegen die zum Sozialismus austreibenden Völker. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabh.) Auch heute sagen wir die Monarchen und die Staatsräumer an, die den Krieg verschuldet haben, seine Verlängerung verursachten und ihn durch Gemütsketten verschärft haben. Wir verlangen nach wie vor die Klärstellung der persönlichen Verantwortlichkeit. (Lebhafte Beifall bei den Unabh.) Nähe der Kriege trog der heilige Osterrose von Bludenburg an die Regierung um Einsicht in den Völkerverhandlungen noch forscht worden, so wäre das deutsche Heer völlig ausgeschlagen.

Mit dem deutschen Volke werden in naher Zeit alle Völker, auch die der freigebigen Staaten, die Bedeutung und die Wirkungen dieses imperialistischen Friedens erkennen. Von den Völkern, nicht von den Regierungen muss und wird auch die Revision des Friedensvertrages ausgehen. Die gemeinsame Not und der gemeinsame Verteilungsbrand der Unterdrückten und Angehörigen aller Länder wird die Kosten gebären, die mit illegal sich verstürendem Drude auf ihnen lasten.

Wir grüßen die Klammerzeichen, die aus der sozialistischen Arbeiterklasse wie im Osten, so auch im Westen Europas, wie in Russland, Ungarn und Österreich, so in England, Frankreich und Italien aufstellen.

Wir rufen allen Erzähern der Weltrevolution die Verantwortung im sozialistischen Beleidigungskampf für die Menschheit. (Lebhafte Beifall bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Abg. Winnig (Mechthod.) legt im Namen der Abgeordneten des deutschen Orients stierlich Verwahrung ein gegen die Verstärkung des deutschen Orients.

Abg. Allerlotte (Bentr.) legt nomens der Abgeordneten und der Bevölkerung der im Westen von Deutschland losgerissenen Gebiete teilweise Verwahrung gegen das Unrecht ein, daß den Ländern und der Bevölkerung dieser Gebiete nichts, ebenso Abg. Waldeck (Dem.) im Namen der Abgeordneten aus Schleswig-Holstein.

Präsident Gehrenbach: Ein edler deutscher Stamm kann in dieser Stunde nicht zu Ihnen sprechen, Eltern-Vorhängen. Ich fühle mich vor der Nationalversammlung verpflichtet, mich der Verwahrung der Vertreter der anderen von Deutschland losgerissenen Gebiete anzuschließen.

Eine zweite Sitzung begann um 12½ Uhr.

zweite Beratung des Nationalisierungsgesetzes.

Die Deutschen Nationalen haben ihre Einsichtnahme inzwischen zu einem Abänderungsantrag zum Gesetzentwurf selbst umgestaltet.

Abg. Dr. Schlüter (Dem.): Wir werden gegen den Antrag stimmen und beobachten, daß er überhaupt eingebracht wurde. In dieser Stunde wird Moralität und Entschlossenheit mehr als je verlangt und wird zum Gebot. Der Antrag dient nur dazu, Verwahrung und Unschärfe zu schaffen.

Abg. Grüber (Bentr.): Wir schließen uns dem Widerspruch gegen den Antrag an. Bei diesem Augenblick kann es keinen Vorbehalt mehr zu dem Gesetzentwurf geben. Offenbar verbindet die Partei des Herrn Schulz-Bromberg mit ihrem Antrag nur parteipolitische Ziele. (Lebhafte Zustimmung bei den Unabh.) Sie (nach rechts) wollen Ihre Parteiluppe an diesem Antrage holen. (Lebhafte Zustimmung bei den Mehrheitsparteien), aber wir wollen dafür sorgen, daß Ihnen dieses Manöver nicht gelingt.

Abg. Schulz-Bromberg (Deutschland): Unser Antrag ist der letzte Schrei nach Gerechtigkeit eines Volkes, das dem Untergange geweiht ist.

Präsident Gehrenbach stellt fest, daß der Antrag der Deutschen Nationalen dem Bureau erst zwischen 10 Uhr 20 und 10 Uhr 25 überreicht worden sei. (Hört, hört!)

Minister des Auswärtigen Müller: Ich habe keine ganz außerordentliche, was wir in dieser historischen Stunde erleben müssen. Die Zeit der Vorbehalte ist vorbei, heute kann es nur ein Ja oder Nein geben. Unsre Freunde würden in diesem Antrag nichts weiter sehen als ein legitimes Manöver, eine leichte Schebung. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit!) Auch die Schiebergeschäfte in der Politik müssen ein für allemal vorbei sein. Nur mit legalen Mitteln können wir die Revision des Vertrages erreichen, aber mit solchen Anträgen wird sie schlecht eingeleitet.

Abg. Obbe (Soz.): Der Zweck des Antrages ist nicht zwecklos, wie die Aufführung des Generalsekretariats der Deutschen Nationalen Volkspartei beweist. Nicht nur die Einbringung des Antrages, sondern auch die ganze Stimmung des Abg. Traub widerspricht der Wille dieser Stunde.

Abg. Dr. Delbrück (Deutschland): Unser Antrag, der schon gestern in der Fraktion beschlossen ist, sollte keineswegs das Haus überraschen.

Abg. Haase (M. Soz.): Der Abg. Traub hat deutlich gesagt, daß Sie (noch rechts) Ihre Parteilisten verfolgen. Wir lehnen es ab, und an einem Satzspiel zu beteiligen.

Abg. Dr. Helmge (D. Bpt.): Meine Fraktion bedauert die Einbringung dieses Antrages, der Wohlstimmen verursacht hat. Die Mehrheit meiner Fraktion lehnt ihn ab. (Beifall.)

Nach weiteren kurzen Ausführungen des Abg. Schulz-Bromberg wird der Antrag der Deutschen Nationalen gegen die Stimmen der Antragsteller und einiger Mitglieder der deutschen Volkspartei abgelehnt,

der Gesetzentwurf unverändert angenommen.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird logisch

die dritte Beratung

vorgenommen. Das Wort wird nicht verlangt. Auf Antrag des Abg. Richter-Lippmann (Deutschland) erfolgt namentliche Abstimmung. In dieser wird das Nationalisierungsgesetz mit 208 gegen 115 Stimmen endgültig angenommen.

Die nächste Sitzung wurde auf 2 Uhr nachmittags anberaumt.

52. Sitzung.

erste Sitzung der Steuervorlagen

wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Graf v. Posadowitz (Deutschland): Die Nationalversammlung sollte sich doch ursprünglich nur mit der Verfassung beschäftigen und dann gleich Neuwahlen ausgeschrieben werden. Das ist aber nicht geschehen. (Lachen und Unruhe links.) Die Artikl eines Amtsvoigters durch den neuen Finanzminister ist eine bedeutsame Neuerung, ich will Herrn Erzberger nur wünschen, daß sein Nachfolger nicht Unrecht zu ebenso heftiger Beurteilung seiner Tätigkeit nimmt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Abreisezeit von 25 Milliarden, die wir auf uns nehmen müssen, entspricht einem Vollsatzvermögen von 500 Milliarden, obwohl das deutsche Volk vermögen im Frieden nur auf 800 Milliarden Marktgeschäft würde. Die Post muss aber getragen werden. Die Annullierung der Arbeitsaufgabe ist ein völkerung unangembarer Weg. Außerordentlich lohnen würde sich vermutlich eine völkerliche Neuordnung des Veranlagungswesens durch technische Verbesserung der Steuerbeamten. Höchstlich der Erbschaftssesteuer wollen wir bei der Art der Art der Zeit von unsrer Grundlägen nachlassen. Dagegen ist bei der rischigen direkten Steuerlast ein Ausbau auch der indirekten Steuer unabdingbar. Der grohe Vermögensabgabe würden wir nicht zustimmen können, wenn sie an einer plötzlichen Tilgung eines großen Teils unsrer Schulden dienen sollte, denn die Tilgung der Kriegsschulden können wir auf Jahrzehnte verteilen. Wir müssen vor allem sparen, auch in Kulturaufgaben. Die Verwaltung muss vereinfacht werden, aber die Sozialisierung wird uns ein hoher Preis bringen. Mit der Arbeitsaufgabe untersteht die Ausbildung der Steuerbeamten nicht unbedingt, wenn wir die völkerliche Steuer ausgleichen. Die völkerliche Steuerbeamten müssen vor allem sparen, auch in Kulturaufgaben. Die Verwaltung muss vereinfacht werden, aber die Sozialisierung wird uns ein hoher Preis bringen. Mit der Arbeitsaufgabe untersteht die Ausbildung der Steuerbeamten nicht unbedingt, wenn wir die völkerliche Steuer ausgleichen. Die völkerliche Steuerbeamten müssen vor allem sparen, auch in Kulturaufgaben. Die Verwaltung muss vereinfacht werden, aber die Sozialisierung wird uns ein hoher Preis bringen. Mit der Arbeitsaufgabe untersteht die Ausbildung der Steuerbeamten nicht unbedingt, wenn wir die völkerliche Steuer ausgleichen. Die völkerliche Steuerbeamten müssen vor allem sparen, auch in Kulturaufgaben. Die Verwaltung muss vereinfacht werden, aber die Sozialisierung wird uns ein hoher Preis bringen. Mit der Arbeitsaufgabe untersteht die Ausbildung der Steuerbeamten nicht unbedingt, wenn wir die völkerliche Steuer ausgleichen. Die völkerliche Steuerbeamten müssen vor allem sparen, auch in Kulturaufgaben. Die Verwaltung muss vereinfacht werden, aber die Sozialisierung wird uns ein hoher Preis bringen. Mit der Arbeitsaufgabe untersteht die Ausbildung der Steuerbeamten nicht unbedingt, wenn wir die völkerliche Steuer ausgleichen. Die völkerliche Steuerbeamten müssen vor allem sparen, auch in Kulturaufgaben. Die Verwaltung muss vereinfacht werden, aber die Sozialisierung wird uns ein hoher Preis bringen. Mit der Arbeitsaufgabe untersteht die Ausbildung der Steuerbeamten nicht unbedingt, wenn wir die völkerliche Steuer ausgleichen. Die völkerliche Steuerbeamten müssen vor allem sparen, auch in Kulturaufgaben. Die Verwaltung muss vereinfacht werden, aber die Sozialisierung wird uns ein hoher Preis bringen. Mit der Arbeitsaufgabe untersteht die Ausbildung der Steuerbeamten nicht unbedingt, wenn wir die völkerliche Steuer ausgleichen. Die völkerliche Steuerbeamten müssen vor allem sparen, auch in Kulturaufgaben. Die Verwaltung muss vereinfacht werden, aber die Sozialisierung wird uns ein hoher Preis bringen. Mit der Arbeitsaufgabe untersteht die Ausbildung der Steuerbeamten nicht unbedingt, wenn wir die völkerliche Steuer ausgleichen. Die völkerliche Steuerbeamten müssen vor allem sparen, auch in Kulturaufgaben. Die Verwaltung muss vereinfacht werden, aber die Sozialisierung wird uns ein hoher Preis bringen. Mit der Arbeitsaufgabe untersteht die Ausbildung der Steuerbeamten nicht unbedingt, wenn wir die völkerliche Steuer ausgleichen. Die völkerliche Steuerbeamten müssen vor allem sparen, auch in Kulturaufgaben. Die Verwaltung muss vereinfacht werden, aber die Sozialisierung wird uns ein hoher Preis bringen. Mit der Arbeitsaufgabe untersteht die Ausbildung der Steuerbeamten nicht unbedingt, wenn wir die völkerliche Steuer ausgleichen. Die völkerliche Steuerbeamten müssen vor allem sparen, auch in Kulturaufgaben. Die Verwaltung muss vereinfacht werden, aber die Sozialisierung wird uns ein hoher Preis bringen. Mit der Arbeitsaufgabe untersteht die Ausbildung der Steuerbeamten nicht unbedingt, wenn wir die völkerliche Steuer ausgleichen. Die völkerliche Steuerbeamten müssen vor allem sparen, auch in Kulturaufgaben. Die Verwaltung muss vereinfacht werden, aber die Sozialisierung wird uns ein hoher Preis bringen. Mit der Arbeitsaufgabe untersteht die Ausbildung der Steuerbeamten nicht unbedingt, wenn wir die völkerliche Steuer ausgleichen. Die völkerliche Steuerbeamten müssen vor allem sparen, auch in Kulturaufgaben. Die Verwaltung muss vereinfacht werden, aber die Sozialisierung wird uns ein hoher Preis bringen. Mit der Arbeitsaufgabe untersteht die Ausbildung der Steuerbeamten nicht unbedingt, wenn wir die völkerliche Steuer ausgleichen. Die völkerliche Steuerbeamten müssen vor allem sparen, auch in Kulturaufgaben. Die Verwaltung muss vereinfacht werden, aber die Sozialisierung wird uns ein hoher Preis bringen. Mit der Arbeitsaufgabe untersteht die Ausbildung der Steuerbeamten nicht unbedingt, wenn wir die völkerliche Steuer ausgleichen. Die völkerliche Ste

Sozialdem. Verein der U.G.P.D. Groß-Leipzig

Bureau: Tauchaer Str. 19/21, I. (Wortgesetzungsgebäude) Tel. 18025.
Sprechstunden: Dienstag von 9 bis 1 Uhr und 4 bis 7 Uhr.
Samstag von 9 bis 4 Uhr. — Postfach Leipzig Nr. 52410.

Alt-Leipzig. Freitag, den 11. Juli, Zusammenkunft der Genossen im Volkshaus. Versammlung der Ferienausflüge D.V.

Leutzsch. Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, öffentliche Einwohner-Versammlung im Alten Gasthof. Tagesordnung: 1. Bericht der Gemeindevertreter. 2. Freie Ausprache. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand des Ortsvereins Leutzsch, II. G. V.

Ortsverein L.-Gohlis

Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr

Bereinsversammlung

im Ausschank Nickau, Eisbühlstraße 17.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Arbeitsschreibers Genossen Karl Weiss über Sozialisierung.
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. Der Vorstand.

Deutscher Fabrikarbeiter-Verband.

Zahlstelle Leipzig.

Sonnabend, den 12. Juli, abends 7 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus (Café, Mitte).

Das Erscheinen aller ist notwendig.

Die Ortsverwaltung. W. Schneiter.

Kranken- u. Begräbniskasse für Schmiede

und in der Metallbranche beschäftigten Arbeiter zu Leipzig und Umgegend.

Generalversammlung

Montag, den 20. Juli, vormittags 1/2 Uhr

im Volkshaus (Café).

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes.
2. Kassenbericht, Bericht der Revisoren, Abtretung der Kassenrechnung. 3. Entschuldigung der Verwaltung. 4. Wahl der Revisoren. 5. Verschiedenes.

Es ist Pflicht, dass alle Mitglieder vollständig und pünktlich erscheinen. Entschuldigungen sind bis Freitag, 18. Juli, nur schriftlich an den Vorsitzenden Oskarigner, Leipzigerstr. 8, zu richten. Die Verwaltung.

Verein Ansiedlung Ost.

Freitag, den 11. Juli, abends 1/2 Uhr

im Saale des Neuen Gasthof, Gohlis

Vortrag:

Eine Reise in die deutschen Kolonien Südrusslands mit Lichtbild-Vorführung.

Nur für Mitglieder und deren Familien.

Am Saatengang Mitgliedskarte vorzeigen.

Das Geschäftszimmer des Vereins befindet sich jetzt Tauchaer Straße 24.

Wir benötigen für unser Geschäftszimmer einen größeren Bücherschrank. Genossen vom Verein, welche einen zur Verfügung haben, bitten wir im Geschäftszimmer zu melden.

NB. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, sich an den neu eingeteilten Unterrichten zu beteiligen, zum Wohle für unsere neue Heimat. Der Arbeits-Ausschuss.

Jeder Arbeitgeber
denke besonders an unsere schwer
Kriegsbeschädigten,
indem er alle ihr sie pass. offenen Stellen meidet, als: Handlungsgeh., Pfortner, Aufseher, Hausmstr., Lagerverw., Kontordien., Fahrtstuhlf., Fabrikhilfskr., Werkstattabschreib. Boten all Art, Ausrüstg. u. Marktbp. u. d. Vereinsfürsorgest., Heimatdank Leipzig, Münzgasse 24, I., Fernop. 3835

Praktische Reiseführer, Karten etc.

Gaeblers Neue Spezialkarte der Kreishauptmannschaft Leipzig . . . Mk. 1.20

Gaeblers Automobil- u. Radfahrer-Spezialkarte von Leipzig, 120 km nach Süden 2.00

Gaeblers Automobil- u. Radfahrer-Spezialkarte von Leipzig u. Halle a.S., 70-100 km rund um Leipzig 2.00

Gaeblers Neueste Touristen-Karte für Leipzig und weitere Umgegend 0.70

Die Dübener Heide, Reise- u. Wanderbüch 1.50

Spezialkarte von Sachsen, unauflösbar 1.00

Spezialkarte von Sachsen, gefalzt in Decke 1.50

Neuester Stadtplan mit Straßen-Verzeichnis und Karte der Umgebung von Leipzig 1.00

Neueste Spezialkarte von Dresden und Umgegend 3.30

Sonntags-Spaziergänge in Leipzigs weiterer Umgebung. Von Gustav Hennig, In 3 Teilen. Teil I 1.00

Teil II Mk. 0.60 Teil III 0.50

Alle Austräger u. Filialen der Leipziger Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft

Abteilung Buchhandlung - Tauchaer Straße 19/21.

Bauarbeiter-Verband

Telephon 8076. Zweigverein Leipzig. Telefon 8076. Bureau im Volkshaus. Bureauzeit 9-1 und 4-6 Uhr. Sonnabende von 8-2 Uhr

Sektion der Steineträger und -treiber.

Sonnabend, den 12. Juli, nachmittags 4 Uhr

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

Beschlußfassung über das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Verband.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen jedes Einzelnen.

Die Sektionsleitung.

Gattler und Portefeuiller!

Freitag, den 11. Juli, nachmittags 1/2 Uhr

Versammlung im Volkshaus (Café).

Tagesordnung:

Berichterstattung über die Verhandlungen mit den Organisationen der Unternehmer.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen recht erwünscht.

Wir bitten um pünktlichen Besuch, da das Lokal um 6 1/2 Uhr anberaumt vergeben ist.

Die Ortsverwaltung.

Auf Veranlassung der Zentralleitung der U.S.P.D. hat der unterzeichnete Verlag eine Broschüre herausgegeben, die populär, einfach und klar die Frage erörtert:

Was trennt uns Unabhängige von den Rechtssozialisten?

Preis 30 Pfennig.

Alle Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Leipziger Buchdruckerei Ahlien-Gesellschaft
Ableitung Buchhandlung — Tauchaer Str. 19/21.



Ballhaus "Pantheon"
Dresdner Str. 20
Fernspr. 15957

Freitag u. Sonntag
Große Ballfeste

Café Prinz Eugen
Co. Pegauer Str. 56, Neue Seddin.

Tanz- Einzel-Unterricht
Ips. f. ält. Damen u. Herren, erlernen zu jeder Zeit ungeniert, sinnell u. gründlich

G. Töppner u. Frau
Kromannstraße 5, pt. Ecke Görlitzer, Nähe Stephanpl. *

Rönen Sie plaudern? Wollen Sie gebildet u. gern gescheiter Gesellschaft eine Rolle spielen u. überall beliebt werden, in d. Gesellschaft, bei Freunden, bei Ihren Freunden, so lehnen Sie "Die Kunst zu plaudern u. was eingebildet wissen muss" von Dr. E. Machold. Preis Mark 2.— Nur zu bestellen von W. M. Schwarzes Verlag Dresden-M. 450. —

Stieker-rolle

1 Meter lang, à Str. 6 Mt., 20 Centim. geschn. à Str. 7,50 ab Lager, ied. Haus 1 Mt. mehr verlauti **Max Fiedler**, L.-Plauwitz, Sicherstraße 19. Telefon 40 474.

Höhensonnebestrahlung.

Erfolg b. Haut- u. Lungentub., Asthma, Rheuma u. Geschwür Wollige. Kräutkunst mehr. 1/2 Marg. Schmidt, Weststr. 63.

Anderungszentrale f. Herren- u. Damengarderobe

Umarbeiten sämtlicher Militärsachen.

Spezialität: Sportpaket aus Militärmantel 75 A, Galto aus Militärbluse 85 A, Militärhose modernisiert 5 A.

Alles Umarbeiten, Wenden usw. billigst.

Entsprechen Sie in 1 Tag, färben innerhalb 8 Tagen.

Nur L.-Neustadt, Mariannenstraße 38.

Neu eingetroffen!

Amerikan. Schweineschmalz Blund 19 Mark

Amerikanischer Speck • Blund 18 Mark

Amerikanische Aprikosen Blund 10 Mark

Reines Oliven-Del Blund 24 Mark

Pfaff, Delikatessen, Nürnberger Str. 54

Telephone 10 485.

Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Turnvereine

Ostgruppe. Sonnabend, den 12. Juli, Allgemeine

Heidschnute in Beucha.

Die Gruppenvereine müssen gegen 8 Uhr abends dort eintreffen. Unschlecht an die Versammlung gelegiges Versammeln mit event. Nachparade. Die Vereinsleiter wollen das zu diesem Zwecke verfaßte Rundschreiben beachten und an den Turnabenden bekanntgeben.

Die Gruppenleitung

L.-Thonberg. Sonnabend, 12. Juli, Beteiligung an Beucha. Alles Nähere in den Turnabenden. D. T.

Holzhausen-Zuckelhausen. Allgemeiner

Sonnabend, den 12. Juli, abends 8 Uhr, außerordentliche Generalversammlung in der Turnhalle Holzhausen. Tagesordnung: 1. Berichte u. Anlegungen. 2. Bericht des Ortsvorstandes. 3. Neuwahl von Vorstandsmitgliedern. 4. Bericht des Vorstandes. Zahlreicher Besuch erwartet. Der Turnrat.

L.-Connewitz. Turnverein Vorwärts L.-Süd. Sonnabend, den 12. Juli, Ratschläge, Tagesordnung: 1. Berichte. 2. Anträge. 3. Eratzwahlen. 4. Bericht des Vorstandes. — Wichtige Anträge sind bis 18. Juli an den Turnrat einzureichen.

L.-Döllitz. Turnverein Friesen. Sonnabend, den 12. Juli, Sommernachtsball im Ritter.

Gäste willkommen. Zum 15. Stiftungsfest mit Rahmenweihe am 17. August sind die Vereine des Leipziger Bezirks freundlich eingeladen.

(Fortsetzung des Sportkalenders siehe nächste Spalte.)

Platzlitz-Schleissig. Turngemeinde. Sonnabend

aufzug nach Barneck, Ritterbösch. Treffen 7 Uhr abends Karl-Heine-Blas.

Dienstag, den 15. Juli, Turnratsbildung nu-

der Turnstunde bei Neustadt, Jahnstraße.

Sonnabend, den 19. Juli, abends 7 Uhr, Ha-

jahres-Versammlung im Schloss Lindenfelde.

Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller ist Pflicht.

Der Turnrat.

L.-Kleinzschocher. Turnverein. Sonnabend,

abends 7 Uhr, abends Karl-Heine-Blas.

Freitag, den 19. Juli, abends 7 Uhr, Mi-

glieder-Versammlung mit Vortrag im Rest.

Terrasse. — Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wünscht.

Der Turnrat.

Fussball-Abteilung Kleinzschocher spielt Sonn-

abend, den 18. Juli, August 1880.

Kleinzschocher I-Viktoria I nach 4 Uhr

Kleinzschocher II-Viktoria II nach 2 Uhr

Kleinzschocher III-Viktoria III vor 11 Uhr

Kleinzschocher Jugend-Großsch.-Jugend vor 9 Uhr

Der Spiel-Ansiedlung.

Leutzsch. Turnverein Jahn (E. V.). Sonnabend,

punkt 7 Uhr vom Vereinslokal.

Sonntag, den 12. Juli, vormittags 1/2 Uhr, im

Vereinslokal Restaurant zur Grenze, Verwal-

tung (Turnrat u. Vorturnerschaft).

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 10. Juli.

Parteiangelegenheiten.

Stadtverordnetenfraktion. Freitag, nachm. 4 Uhr, Fraktionsversammlung im Rathaus, Zimmer 200.

Beiget Zentrum, Alt-Leipzig. Freitag, den 11. Juli, findet im Restaurant zur Hütte, Reichstr. 84, Hof, eine wichtige Besprechung statt. Die Genossen und Genossinnen werden erwartet, recht zahlreich zu erscheinen.

Der Bezirksvertreter.

Komödie.

Die Zeit des Zusammenbruchs des alten römischen Weltreichs zeichnete sich besonders durch starke Ausbeutung der Sklaven, durch Vergnügungsucht, Ehemmerei und Auschwelungen der bestehenden Klassen aus. Heute sinkt die bürgerlich-kapitalistische Welt in Trümmer, und wir sehen die gleichen Erscheinungen, die auf dem Sumpfboden des Kapitalismus gedeihen und erst mit diesem verschwinden werden. Der Leipziger Bürger aus schul beschäftigte sich — um sich in empfindende Erinnerung zu bringen — mit den Abwölfchen der Zeit in einer Versammlung im Städtchen Kaufhaus. Nicht weniger als drei Herren und eine Dame wetzen gegen Bücher und Schlechthandel, gegen Arbeit-nutzt (der Arbeiter natürlich), Vergnügungsucht, Spielwut, Luxus und Nutzucht der Frauen. Dem Bürgerum sollte ein Spiegel vorgehalten werden. Man vergaß aber auch nicht, sich besonders heftig gegen die freikreisenden Arbeiter zu wenden und gegen sie allerlei „Anklagen“ zu erheben. Die ganze Veranstaltung war weiter nichts als ein widerliches Spiel abstößend. Da sahen neben den Angehörigen des verarmten und halbverhungerten Mittelstandes die festen Bourgeoisie mit ihren Weibern, und nicht wenige Schieber, Schlechthändler, Ausbeuter, Spieler werden sich unter der Menge befinden haben. Sie hörten sich die Redner an, die von einem „heiligen Bund gegen den Kader“, von „neuer Haltung, mehr Pflichtbewußtsein, Verantwortungsbewußtsein“ und von „Aufbau eines neuen, gefundenen Idealismus“ sprachen. Es ob mit so den Phrasen der Mithau en der kapitalistischen Unruhe wegzuräumen wäre. Will man ihn befehligen, so muß man eine neue Weltordnung aufbauen. Erst dann werden gesunde Zustände ein ehen. Denn auf der verwesenden Seite des Kapitalismus kann nichts mehr gebühren als Gnade und Mitleid. Aber der Leipziger Bürger aus schul betrachtet ja gerade als seine Hauptaufgabe, den Kadaver zu schützen. Er will ihn konserieren, er will die kapitalistische Ausbeutung, den Gegensatz zwischen reich und arm, das drohende um aufrecht erhalten, und daher war seine Versammlung weiter nichts als eine elende Schlägerei komödie.

Eine wilde Pogromslimme

gegen die Juden wird absichtlich von den Kriegshelden zu erzeugen versucht. An verschiedenen Stellen hat dieses Vorgehen schon Erfolg gehabt. Deshalb kann nicht nachdrücklich genug dagegen Stellung genommen werden. Aus leicht begreiflichen Gründen ist man bemüht, den Hass der Bevölkerung auf die jüdische Bevölkerung zu lenken. Die armen Volkschichten leben schwer an den Folgen des Krieges; die kapitalistische Rassagier hat sie ausgesogen. Da ist es sehr bequem, alle Schuld auf die Juden zu wälzen und sich dadurch in Sicherheit zu bringen. Leider gibt es noch Personen, die auf den groben Schwund hinzuwählen, die nicht einschauen, daß zu den Ausbeutern nicht nur reiche Juden, sondern auch wohlhabende Christen und Arbeiter gehören, und daß die arme jüdische Bevölkerung, die in der Regel zuerst den Wutausbrüchen der verhetzen unwilligen Menge zum Opfer fällt, ebenso leidet und hungert wie der andere Teil der Minderbemittelten.

In Leipzig befindet sich eine Zentrale für Heze auf die Juden. Dr. Heinrich Budor, Leipzig, Elisenstr. 84, ist Leiter einer Wochenschrift Der Deutsche Volksrat, in der für alles Unheil, das Deutschland getroffen hat, die Juden verantwortlich gemacht werden. Nicht der Imperialismus, die kapitalistischen Kriegshelden sind schuld, sondern einzig und allein die jüdische Bevölkerung, und es wird ganz offen ihre Hinaustreibung aus Deutschland gefordert. Das W. T. B., Erzberger, Betsmann-Holzweg sind versüdet; Wilhelm II. war Judenfreund und daher die bösen Folgen. Die Juden werden als „elendes Ungeziefer“, als „Eitergeschwür“, als „Völkerpest“ bezeichnet. Unter der Überschrift „Auslöschung des Gifts“ wird von der Pfänderung eines jüdischen Kaufhauses in Landsberg a. d. S. berichtet, und zwar wird dazu bemerkert: An einigen Orten scheint sich neuerdings die Wit der Waffen gegen die eitlen schuldigen zu richten. Das ist deutlich. Ganz offen wird (in der Nummer vom 5. Juli 1919) zur Erhebung des Heeres aufgerufen. Es gelte also, daß alles vergebens sei, solange man nicht die Juden hinausbringe und daß nichts, nichts anderes so notwendig und so dringend sei, als daß man sie hinausbringe. Im übrigen bleibt es bei der Erhebung. Ohne Abar und ohne Bedenken. Die Soldaten ehre entscheidet. Schwerer und schwerer werde es. Aber niemals werde es so spät...

Selbstverständlich sind wir nicht für ein Verbot dieser Hetzschrift. Möge sie sich nur ausüben. Die Arbeiterbevölkerung ist sowohl aufgeklärt, daß sie einen festen Tamm gegen antisemitische Ausschreitungen bildet. Aber die Sprache des Blätterchen zwinge doch zu einem Vergleich. Uns wird das Verbot angedroht, weil wir die Wehrmacht — beleidigt hätten. Und dort wird offen für Hochverrat und Judenpogrome Propaganda gemacht. Kommunisten und Unabhängige schmachten zu Tausenden hinter Gefängnismauern. Den nationalistischen Helden und Hochverrätern wird nicht ein Haar gekrümmt. Das ist das „gleiche Recht für alle“ in der deutschen Geldsackrepublik.

Leipziger Ernährungsverhältnisse.

Man schreibt uns: Teure Heimat sei geprägt so mag wohl außer mir noch mancher Krieger ausgerufen haben, als er das gelebt, heißumstrittene Leipzig wieder für immer verließ. Ich zum Beispiel komme jetzt von der Ostsee-Minenfuchsstelle zur Entlastung und als Familienvater von 5 Kindern habe ich schon in den 8 Tagen Urlaub ein Bild über die Nahrungs- und Ernährungssituation gewonnen. In Mecklenburg gibt es zum Beispiel seit einem Vierteljahr Kartoffeln ohne Marken, Butter wöchentlich 1/4 Pfund, Fleisch wöchentlich 200 Gramm, und immer Frischfleisch, und außerdem die Auslandslebensmittel. Wie viele Tausende von Zentnern Kartoffeln, Fleisch und Fleisch sind auf Schlechtwegen aus diesem Stück Land nach den Großstädten gebracht worden, während man hier keine Kartoffeln und kein Fleisch mehr kennt oder nur in ganz kleinen Mengen bekommt, die selbst in Berlin und Hamburg doppelt und dreifach größer sind. Warum beschlägt das Ernährungsamt nicht das Schwätz, das in jedem Trödlerladen ausgehoben wird, das Pfund für 28 Mark? Ich glaube mich am Sonnabend in Hamburg, als meine Frau das Rindsfleisch holte und ein 5 Centimeter langes Stück wölfiges Fett darinnen fand. Warum gibt man das Fleisch nicht als Frischfleisch aus und wuchert erst die Armen aus, denn nur von den oberen Gehäusen sieht man aus der Markthalle die Tauben und Hühner nach Hause tragen?

Die Lohnforderungen der Kriegsbaushelfer usw.

Von den Kriegsbaushelfern wird uns geschrieben:

Die beim Rat der Stadt beschäftigten Kriegsbaushelfer im Konzern- und Außen Dienst usw. haben ebenfalls an den Rat und an die Stadt verordneten wegen Erhöhung ihres Lohnes herangetreten, müssen unverweisen in ihnen voll und ganz berechtigten Wünschen auf die Höhe

der Arbeiter einerseits und Gehälter der Beamten anderseits, während man den Kriegsbaushelfern und -baustellensitzern bisher keine einzige normale Bezahlung zulassen ließ. Trotz mehrfacher Eingaben an den Rat und am 5. April an die Stadtverordneten ist den Kriegsbaushelfern in ihrer Lage wenig Gegenkommen bewiesen worden. Die begehrte Aussicht am 5. April entspricht den bei heutigen Verhältnissen notwendig erscheinenden Ausgaben. Die Stadtverordneten möchten bei der Regelung der Löhne endlich auch einmal mit allen Stimmen für eine gerechte Bezahlung der Kriegsbaushelfer eintreten und ihnen ebenso die Mittel bewilligen, wie sie anderseits den Beamten bewilligt worden sind. Es ist sehr merkwürdig, daß der Rat der Stadt den Kriegsbaushelfern, die sich jahrelang auch für die Heimat aufgeopfert haben, nicht nur nötig hält, eine Entschuldungsumme in Form der ehemaligen Zeuerungsumme in Höhe der bewilligten 500 Mk. zu kommen läßt. Es wird den Stadtverordneten dringend ans Herz gelegt, trotz der Mehrausgaben auch die Kriegsbaushelfer und vor allem die Kriegsbaustellensitzern weitgehend zu berücksichtigen.

Trotz der Regelung der Löhne ebenso wie 1. Februar 1919 wie für Beamte und Angestellte bewilligt wird, erscheint uns nach Lage der Sache ganz selbstverständlich, und mögen die Stadtverordneten auch hier einmal bemühen, der Danz des Vaterlandes sei auch gewiß.

Die ca. 2000 Kriegsbaushelfer, welche beim Rat der Stadt beschäftigt werden, erwarten im Interesse schon der städtischen Steuererhebung, daß ihnen berechtigte Wünsche voll und ganz beachtet werden wird, um den Ausstellern dadurch eingemahnen aus der Verschuldung zu helfen.

Ein meistwiederiger Schiedsspruch des Leipziger Schlichtungsausschusses.

Man schreibt uns: Wie waren die Institutionen der Schlichtungsausschüsse an sich, insbesondere aber bei in Leipzig bestehende, das Vertrauen der Arbeiter verdient, befürchtet drastisch der folgende Fall: Die Allgemeine Deutsche Creditanstalt, die schon im Jahre 1918 kurz nach Gründung des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten durch dessen Mitglieder wahrgenommen wurde, entließ im Mai d. J. offenbar ermutigt durch den Einzug der Maerder-Truppen, einen älteren Angestellten, der seit mindestens 2 Jahren Beamter des Bant und anerkannt höchst ist, erwogene Familienangehörige unterhalten muss und von Beginn bis Ende des Krieges an der Front sein Leben eingesetzt hat für die kapitalistischen Interessen dieses Geldinstituts. Er hat sich nichts zuschulden kommen lassen, als in dieser schweren Zeit wirtschaftlicher Not aufopfernd für die Interessen seiner Kollegen und für die obengenannte Organisation einzutreten. Weil der Direktion aber bekannt war, daß dieser in hohem Grade das Vertrauen seiner Kollegen genießende Angestellte in den Angestellten-Ausschuß gewählt werden sollte und daß die Wahl dieses engelichen Mannes in den Betriebsausschuß für die Bank bedeutende finanzielle Opfer zugunsten der Angestellten würde, maßregelte sie ihn durch Entlassung. Unter einem völlig richtigen Vorwande, der ihr erst durch die Angabe eines ihr willkürlichen Mitglieds des damaligen Angestellten-Ausschusses in die Hand gespielt wurde. Dieselbe Direktion untersucht durch Sonderverhandlungen Auskunftsmöglichkeiten und ebenso Angestellte, die sich zum Selbstfreiwillingen-Regiment meldeten. Der Geheimregel wurde trotz allem von seinen Kollegen in dem neuen Angestellten-Ausschuß und sogar zu dessen Obmann gewählt. Gedrängt von der Organisation und diesem neuen Ausschuß wollte die Direktion den Gewahrsellen wieder einstellen, aber nur an einer kleinen auswärtigen Filiale unter ungünstigsten Bedingungen. Sie bekundete damit von neuem, daß es nur um seine Fernhaltung vom Angestellten-Ausschuß zu tun war. Gegen diese Manipulation rief nur der Angestellten-Ausschuß der Credit-Anstalt den Schlichtungsausschuß an, der — wer glaubt es — unter dem unparteiischen Vorstande Herrn Dr. Wierling die Ablösung als zu Recht bestehend erklärt und zwar unter restloser Nachfrage des geführten Betriebes, einzigt und allein auf Grund eines lächerlich geringfügigen Klärendungsgrundes der Direktion. Wohl zu beachten: ein Schlichtungsausschuß, also eine zur Befriedigung sozialer Forderungen geschaffene Einrichtung dieser Revolutionsetzt entscheidet in der Existenzfrage eines Arbeiters härter noch als die Kapitalgewaltiger des größten östlichen Bankinstitutes!

Das Rettungswesen in Leipzig.

Zu der Erklärung der Direktion der Rettungsgesellschaft Leipzig aus Anlaß des Versagens bei dem Unfall am Täubchenweg wird uns geschrieben:

Bei dem letzten großen Unfall am Täubchenweg stand nicht ein einziger betriebsfähiger Wagen zur Verfügung, also konnte nur für nähere Transporte die Feldbahn in Anwendung kommen, aber auch diese läßt viel zu wünschen übrig. Noch schlechter steht es mit den größeren Transporten von Kranken und pfleglich Verunglückten aus, wenn keine Krankenautomobile vorhanden sind. Die Straßenbahn hat mehrere Wagen zur Verfügung zum Transport von Kranken, aber mit welchen Hindernissen solche Transporte ausgestattet werden, beweist folgendes: Die Kranken werden aus den verschiedenen Stadtteilen gesammelt und ins Krankenhaus geschafft. So zum Beispiel fährt der Straßenbahnwagen nach Wohlau, hier wird der Patient eingeladen. Mit ihm fährt der Wagen nach Lindenau; hier kommt wieder ein Patient dazu, dann geht die Fahrt nach Volkmarendorf, dort wird wieder ein Kranker abgeholt, und dann erst geht's nach Eutritzsch ins Krankenhaus St. Georg. Ein derartiger Transport dauert drei bis vier Stunden, und zwar mit schweren Hindernissen solche Transporte ausgestattet werden, beweist folgendes: Die Kranken werden aus den verschiedenen Stadtteilen gesammelt und ins Krankenhaus geschafft. So zum Beispiel fährt der Straßenbahnwagen nach Wohlau, hier wird der Patient eingeladen. Mit ihm fährt der Wagen nach Lindenau; hier kommt wieder ein Patient dazu, dann geht die Fahrt nach Volkmarendorf, dort wird wieder ein Kranker abgeholt, und dann erst geht's nach Eutritzsch ins Krankenhaus St. Georg. Ein derartiger Transport dauert drei bis vier Stunden, und zwar mit schweren Hindernissen solche Transporte ausgestattet werden, beweist folgendes: Die Kranken werden aus den verschiedenen Stadtteilen gesammelt und ins Krankenhaus geschafft. So zum Beispiel fährt der Straßenbahnwagen nach Wohlau, hier wird der Patient eingeladen. Mit ihm fährt der Wagen nach Lindenau; hier kommt wieder ein Patient dazu, dann geht die Fahrt nach Volkmarendorf, dort wird wieder ein Kranker abgeholt, und dann erst geht's nach Eutritzsch ins Krankenhaus St. Georg. Ein derartiger Transport dauert drei bis vier Stunden, und zwar mit schweren Hindernissen solche Transporte ausgestattet werden, beweist folgendes: Die Kranken werden aus den verschiedenen Stadtteilen gesammelt und ins Krankenhaus geschafft. So zum Beispiel fährt der Straßenbahnwagen nach Wohlau, hier wird der Patient eingeladen. Mit ihm fährt der Wagen nach Lindenau; hier kommt wieder ein Patient dazu, dann geht die Fahrt nach Volkmarendorf, dort wird wieder ein Kranker abgeholt, und dann erst geht's nach Eutritzsch ins Krankenhaus St. Georg. Ein derartiger Transport dauert drei bis vier Stunden, und zwar mit schweren Hindernissen solche Transporte ausgestattet werden, beweist folgendes: Die Kranken werden aus den verschiedenen Stadtteilen gesammelt und ins Krankenhaus geschafft. So zum Beispiel fährt der Straßenbahnwagen nach Wohlau, hier wird der Patient eingeladen. Mit ihm fährt der Wagen nach Lindenau; hier kommt wieder ein Patient dazu, dann geht die Fahrt nach Volkmarendorf, dort wird wieder ein Kranker abgeholt, und dann erst geht's nach Eutritzsch ins Krankenhaus St. Georg. Ein derartiger Transport dauert drei bis vier Stunden, und zwar mit schweren Hindernissen solche Transporte ausgestattet werden, beweist folgendes: Die Kranken werden aus den verschiedenen Stadtteilen gesammelt und ins Krankenhaus geschafft. So zum Beispiel fährt der Straßenbahnwagen nach Wohlau, hier wird der Patient eingeladen. Mit ihm fährt der Wagen nach Lindenau; hier kommt wieder ein Patient dazu, dann geht die Fahrt nach Volkmarendorf, dort wird wieder ein Kranker abgeholt, und dann erst geht's nach Eutritzsch ins Krankenhaus St. Georg. Ein derartiger Transport dauert drei bis vier Stunden, und zwar mit schweren Hindernissen solche Transporte ausgestattet werden, beweist folgendes: Die Kranken werden aus den verschiedenen Stadtteilen gesammelt und ins Krankenhaus geschafft. So zum Beispiel fährt der Straßenbahnwagen nach Wohlau, hier wird der Patient eingeladen. Mit ihm fährt der Wagen nach Lindenau; hier kommt wieder ein Patient dazu, dann geht die Fahrt nach Volkmarendorf, dort wird wieder ein Kranker abgeholt, und dann erst geht's nach Eutritzsch ins Krankenhaus St. Georg. Ein derartiger Transport dauert drei bis vier Stunden, und zwar mit schweren Hindernissen solche Transporte ausgestattet werden, beweist folgendes: Die Kranken werden aus den verschiedenen Stadtteilen gesammelt und ins Krankenhaus geschafft. So zum Beispiel fährt der Straßenbahnwagen nach Wohlau, hier wird der Patient eingeladen. Mit ihm fährt der Wagen nach Lindenau; hier kommt wieder ein Patient dazu, dann geht die Fahrt nach Volkmarendorf, dort wird wieder ein Kranker abgeholt, und dann erst geht's nach Eutritzsch ins Krankenhaus St. Georg. Ein derartiger Transport dauert drei bis vier Stunden, und zwar mit schweren Hindernissen solche Transporte ausgestattet werden, beweist folgendes: Die Kranken werden aus den verschiedenen Stadtteilen gesammelt und ins Krankenhaus geschafft. So zum Beispiel fährt der Straßenbahnwagen nach Wohlau, hier wird der Patient eingeladen. Mit ihm fährt der Wagen nach Lindenau; hier kommt wieder ein Patient dazu, dann geht die Fahrt nach Volkmarendorf, dort wird wieder ein Kranker abgeholt, und dann erst geht's nach Eutritzsch ins Krankenhaus St. Georg. Ein derartiger Transport dauert drei bis vier Stunden, und zwar mit schweren Hindernissen solche Transporte ausgestattet werden, beweist folgendes: Die Kranken werden aus den verschiedenen Stadtteilen gesammelt und ins Krankenhaus geschafft. So zum Beispiel fährt der Straßenbahnwagen nach Wohlau, hier wird der Patient eingeladen. Mit ihm fährt der Wagen nach Lindenau; hier kommt wieder ein Patient dazu, dann geht die Fahrt nach Volkmarendorf, dort wird wieder ein Kranker abgeholt, und dann erst geht's nach Eutritzsch ins Krankenhaus St. Georg. Ein derartiger Transport dauert drei bis vier Stunden, und zwar mit schweren Hindernissen solche Transporte ausgestattet werden, beweist folgendes: Die Kranken werden aus den verschiedenen Stadtteilen gesammelt und ins Krankenhaus geschafft. So zum Beispiel fährt der Straßenbahnwagen nach Wohlau, hier wird der Patient eingeladen. Mit ihm fährt der Wagen nach Lindenau; hier kommt wieder ein Patient dazu, dann geht die Fahrt nach Volkmarendorf, dort wird wieder ein Kranker abgeholt, und dann erst geht's nach Eutritzsch ins Krankenhaus St. Georg. Ein derartiger Transport dauert drei bis vier Stunden, und zwar mit schweren Hindernissen solche Transporte ausgestattet werden, beweist folgendes: Die Kranken werden aus den verschiedenen Stadtteilen gesammelt und ins Krankenhaus geschafft. So zum Beispiel fährt der Straßenbahnwagen nach Wohlau, hier wird der Patient eingeladen. Mit ihm fährt der Wagen nach Lindenau; hier kommt wieder ein Patient dazu, dann geht die Fahrt nach Volkmarendorf, dort wird wieder ein Kranker abgeholt, und dann erst geht's nach Eutritzsch ins Krankenhaus St. Georg. Ein derartiger Transport dauert drei bis vier Stunden, und zwar mit schweren Hindernissen solche Transporte ausgestattet werden, beweist folgendes: Die Kranken werden aus den verschiedenen Stadtteilen gesammelt und ins Krankenhaus geschafft. So zum Beispiel fährt der Straßenbahnwagen nach Wohlau, hier wird der Patient eingeladen. Mit ihm fährt der Wagen nach Lindenau; hier kommt wieder ein Patient dazu, dann geht die Fahrt nach Volkmarendorf, dort wird wieder ein Kranker abgeholt, und dann erst geht's nach Eutritzsch ins Krankenhaus St. Georg. Ein derartiger Transport dauert drei bis vier Stunden, und zwar mit schweren Hindernissen solche Transporte ausgestattet werden, beweist folgendes: Die Kranken werden aus den verschiedenen Stadtteilen gesammelt und ins Krankenhaus geschafft. So zum Beispiel fährt der Straßenbahnwagen nach Wohlau, hier wird der Patient eingeladen. Mit ihm fährt der Wagen nach Lindenau; hier kommt wieder ein Patient dazu, dann geht die Fahrt nach Volkmarendorf, dort wird wieder ein Kranker abgeholt, und dann erst geht's nach Eutritzsch ins Krankenhaus St. Georg. Ein derartiger Transport dauert drei bis vier Stunden, und zwar mit schweren Hindernissen solche Transporte ausgestattet werden, beweist folgendes: Die Kranken werden aus den verschiedenen Stadtteilen gesammelt und ins Krankenhaus geschafft. So zum Beispiel fährt der Straßenbahnwagen nach Wohlau, hier wird der Patient eingeladen. Mit ihm fährt der Wagen nach Lindenau; hier kommt wieder ein Patient dazu, dann geht die Fahrt nach Volkmarendorf, dort wird wieder ein Kranker abgeholt, und dann erst geht's nach Eutritzsch ins Krankenhaus St. Georg. Ein derartiger Transport dauert drei bis vier Stunden, und zwar mit schweren Hindernissen solche Transporte ausgestattet werden, beweist folgendes: Die Kranken werden aus den verschiedenen Stadtteilen gesammelt und ins Krankenhaus geschafft. So zum Beispiel fährt der Straßenbahnwagen nach Wohlau, hier wird der Patient eingeladen. Mit ihm fährt der Wagen nach Lindenau; hier kommt wieder ein Patient dazu, dann geht die Fahrt nach Volkmarendorf, dort wird wieder ein Kranker abgeholt, und dann erst geht's nach Eutritzsch ins Krankenhaus St. Georg. Ein derartiger Transport dauert drei bis vier Stunden, und zwar mit schweren Hindernissen solche Transporte ausgestattet werden, beweist folgendes: Die Kranken werden aus den verschiedenen Stadtteilen gesammelt und ins Krankenhaus geschafft. So zum Beispiel fährt der Straßenbahnwagen nach Wohlau, hier wird der Patient eingeladen. Mit ihm fährt der Wagen nach Lindenau; hier kommt wieder ein Patient dazu, dann geht die Fahrt nach Volkmarendorf, dort wird wieder ein Kranker abgeholt, und dann erst geht's nach Eutritzsch ins Krankenhaus St. Georg. Ein derartiger Transport dauert drei bis vier Stunden, und zwar mit schweren Hindernissen solche Transporte ausgestattet werden, beweist folgendes: Die Kranken werden aus den verschiedenen Stadtteilen gesammelt und ins Krankenhaus geschafft. So zum Beispiel fährt der Straßenbahnwagen nach Wohlau, hier wird der Patient eingeladen. Mit ihm fährt der Wagen nach Lindenau; hier kommt wieder ein Patient dazu, dann geht die Fahrt nach Volkmarendorf, dort wird wieder ein Kranker abgeholt, und dann erst geht's nach Eutritzsch ins Krankenhaus St. Georg. Ein derartiger Transport dauert drei bis vier Stunden, und zwar mit schweren Hindernissen solche Transporte ausgestattet werden, beweist folgendes: Die Kranken werden aus den verschiedenen Stadtteilen gesammelt und ins Krankenhaus geschafft. So zum Beispiel fährt der Straßenbahnwagen nach Wohlau, hier wird der Patient eingeladen. Mit ihm fährt der Wagen nach Lindenau; hier kommt wieder ein Patient dazu, dann geht die Fahrt nach Volkmarendorf, dort wird wieder ein Kranker abgeholt, und dann erst geht's nach Eutritzsch ins Krankenhaus St. Georg. Ein derartiger Transport dauert drei bis vier Stunden, und zwar mit schweren Hindernissen solche Transporte ausgestattet werden, beweist folgendes: Die Kranken werden aus den verschiedenen Stadtteilen gesammelt und ins Krankenhaus geschafft. So zum Beispiel fährt der Straßenbahnwagen nach Wohlau, hier wird der Patient eingeladen. Mit ihm fährt der Wagen nach Lindenau; hier kommt wieder ein Patient dazu, dann geht die Fahrt nach Volkmarendorf, dort wird wieder ein Kranker abgeholt, und dann erst geht's nach Eutritzsch ins Krankenhaus St. Georg. Ein derartiger Transport dauert drei bis vier Stunden, und zwar mit schweren Hindernissen solche Transporte ausgestattet werden, beweist folgendes: Die Kranken werden aus den verschiedenen Stadtteilen gesammelt und ins Krankenhaus geschafft. So zum Beispiel fährt der Straßenbahnwagen nach Wohlau, hier wird der Patient eingeladen. Mit ihm fährt der Wagen nach Lindenau; hier kommt wieder ein Patient dazu, dann geht die Fahrt nach Volkmarendorf, dort wird wieder ein Kranker abgeholt, und dann erst geht's nach Eutritzsch ins Krankenhaus St. Georg. Ein derartiger Transport dauert drei bis vier Stunden, und zwar mit schweren Hindernissen solche Transporte ausgestattet werden, beweist folgendes: Die Kranken werden aus den verschiedenen Stadtteilen gesammelt und ins Krankenhaus geschafft. So zum Beispiel fährt der Straßenbahnwagen nach Wohlau, hier wird der Patient eingeladen. Mit ihm fährt der Wagen nach Lindenau; hier kommt wieder ein Patient dazu, dann geht die Fahrt nach Volkmarendorf, dort wird wieder ein Kranker abgeholt, und dann erst geht's nach Eutritzsch ins Krankenhaus St. Georg. Ein derartiger Transport dauert drei bis vier Stunden, und zwar mit schweren Hindernissen solche Transporte ausgestattet werden, beweist folgendes: Die Kranken werden aus den verschiedenen Stadtteilen gesammelt und ins Krankenhaus geschafft. So zum Beispiel fährt der Straßenbahnwagen nach Wohlau, hier wird der Patient eingeladen. Mit ihm fährt der Wagen nach Lindenau; hier kommt wieder ein Patient dazu, dann geht die Fahrt nach Volkmarendorf, dort wird wieder ein Kranker abgeholt, und dann erst geht's nach Eutritzsch ins Krankenhaus St. Georg. Ein derartiger Transport dauert drei bis vier Stunden, und zwar mit schweren Hindernissen solche Transporte ausgestattet werden, beweist folgendes: Die Kranken werden aus den verschiedenen Stadtteilen gesammelt und ins Krankenhaus geschafft. So zum Beispiel fährt der Straßenbahnwagen nach Wohlau, hier wird der Patient eingeladen. Mit ihm fährt der Wagen nach Lindenau; hier kommt wieder ein Patient dazu, dann geht die Fahrt nach Volkmarendorf, dort wird wieder ein Kranker abgeholt, und dann erst geht's nach Eutritzsch ins Krankenhaus St. Georg. Ein derartiger Transport dauert drei bis vier Stunden, und zwar mit schweren Hindernissen solche Transporte

Beranklungen der Arbeiter-Turn- und Sportvereine.

Turner. Bezirk. Ostgruppe: Sonnabend, 8 Uhr, Gruppenversammlung im Beucha mit Bericht vom Bundesturntag. — Kleinschöcher. Sonnabend, 10. Juli, abends 18 Uhr, Versammlung mit Vortrag im Restaurant Terrasse. — Schiedrich. Donnerstag, 18. Juli, Generalversammlung im Waldhäusern, Hauptstraße. — Lippisch. Sonnabend: Abendausflug; Sonntag 7 Uhr vom Vereinslokal. Sonntag, vormittags 10 Uhr, Landwirtschaftssitzung (Turnrat, Vorturnerschaft) im Vereinslokal. — Sonnabend. Sonnabend: Nachtausflug nach Böhliger; Abends 7 Uhr Teichstraße. — Lindenholz. Sonntag: 16. Silvestersfest und Schauturnen im Alten Gasthof.

Fußballspieler. Bezirk. Sonnabend, 12. Juli, Schiedrich erstmals in Lindenau, Turnhalle Carl-Wilhelm-Straße. Beginn 5 Uhr. Sonntag, 13. Juli, Wettkampf um die Bezirksmeisterschaft vormittags 1 Uhr im Olympia-Sportpark. Freitag, 18. Juli, 8 Uhr, Versammlung im Saal des „Vorläufigen“ Löhnin. Wichtige Themen: Erneuerung, den ungeheueren Wucher mit Frühstück und Gemüse und Verlangen von der Regierung Ausschluss, was sie zu tun geben, um eine Besserung des unhalbaren Zustands herbeizuführen.

Außen sich kam die Ausfrage rechtlich verspätet zur Verhandlung. Um dem Kirchen- und Biedereyewucher wirksam entgegentreten zu können, durfte die Zeit verpacht sein. So dient eigentlich die ganze Ausprägung nur dazu, wiederum zu beweisen, wie unzulänglich die von den maßgebenden getroffenen Ernährungsmaßnahmen sind, und wie unverantwortlich es war, die schon zu Beginn des Krieges von der organisierten Arbeiterschaft vorgeschlagenen Mittel anzuwenden. Der Wirtschaftsminister Schwarz machte sich die Sache ziemlich leicht. Er suchte die sächsischen Zentralstellen durch eine fulminante Anklagrede gegen die Reichsstädte und, vor allem, gegen die Verwaltung der sächsischen Großstädte zu entlasten. Nun steht außer allem Zweifel, daß von den städtischen Verwaltungen teilweise viel veräumt worden ist. Aber ebenso richtig ist, was von den Vertretern der Stadt Dresden, Chemnitz und Leipzig erwirkt wurde, daß die lediglich von den Städten auf die Interessen der Erzeuger und Händler diktierten verkehrten Anordnungen der Zentralstellen die sinnlose Preispolitik der Großstädte zu einem guten Teil veranlaßt und begünstigt haben. Eine Entschuldigung für die Stadtverwaltungen ist das freilich nicht. Herr Schwarz konnte feststellen, daß die Überwachung in den Städten, mit Ausnahme von Chemnitz, wo eine schärfere Kontrolle gehabt werde, alles zu ruinösen Überlasse und den Wucher und Schleichhandel geradezu begünstige. Und wenn es zutrifft, daß in Dresden die Beamten geradezu Anweisung erhalten haben, „schonend vorgehen“, und daß dort der Schleichhandel mit bestem weitem Wehl und anderem ganz offen betrieben wird, ohne daß die Behörden einschreiten, dann wird die Einführung des Herrn Oberbürgemeisters Dr. Böhmer, der übrigens von Herrn Schwarz ziemlich unsanft abgeführt wurde, nichts weniger als angebracht.

Den Kern der Frage berührten unsere Genossen Tünzer und Fleischer, die zahlreiches Material für die am Volke vorliegenden Betriebsreihen bebrachten und darauf hinwiesen, daß hohe Deflationen an der Pilserei gar nichts ändern, sondern nur ein Erfassen aller Lebensmittel beim Erzeuger und eine durchgreifende Kontrolle Handel schaffen könne. Das fanden übrigens auch der Minister eingesehen, der als einziges Heimittel eine Umlaufung der ganzen Ernährungswirtschaft mit Hilfe der organisierten Arbeiterschaft empfahl.

Mit besonderem Nachdruck wurde aber von unsern Vertretern auf das völlige Versagen der Justiz und, besonders in Sachsen, gegenüber den Wucherern hingewiesen. Was nützen die schärfsten Strafbefehlungen, wenn sie gar nicht, oder in einer Weise angewendet werden, daß die Bestrafung geradezu wie eine Prämie oder Aufmunterung zu weiteren Verbrechen am hungrigen Volke wirkt. Justizminister Hartmann war ganz enttäuscht über die berechtigte Kritik. Er beklagte sich darüber, daß ihm die Fäste nicht vorher mitgeteilt worden seien. Diese Naivität wirkte um so drastischer, da die Fälle, die Genossen Tünzer angezogen haften, fast ausnahmslos durch die Presse gegangen und aller Welt bekannt sind, ausgenommen natürlich dem sächsischen Justizminister.

Neben der Regierung sahen die Agrarier auf der Anklagebank. Es wurde ihnen ins Stammbuch geschrieben, daß sie, mit verschwindenden Ausnahmen, an der Ausplündierung des Volkes und den Ernährungsschwierigkeiten hauptverantwortlich seien. Die Ausführungen des Herrn Raumelsberg, der mit besonderem Ungeschick den Versuch einer Verteidigung mache, gingen in allgemeiner Heiterkeit unter.

Bemerkt sei noch, daß Minister Schwarz für die kommende Zeit eine wesentliche Besserung auf dem Lebensmittelmarkt prophezeite. Eine vorübergehende Besteuerung des Brotes und Getreides wird sich zwar nicht vermeiden lassen, aber es würden andere Nahrungsmittel genügend auf den Markt kommen. Die Angebote — und zwar bereits zu niedrigeren Preisen — seien reichlich vorhanden. Von einem besonders tiefen Erfassen und Verkleinen der politischen Situation zeugt es übrigens nicht, wenn Herr Schwarz die soziale Frage auf die Wagenfrage reduzierte und mit einem Umschwung in der Ernährungswirtschaft den „Radikalismus und Sozialismus“ totschlagen will.

Daneben standen noch ein paar Petitionen über die Errichtung eines Forschungsinstituts für deutsche Textilindustrie und über die Übernahme der Tiefenbaulagen für die Lehranstalten an den Volksschulen auf den Staat. Die Regelung wurde beauftragt, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß das in Aussicht genommene Forschungsinstitut in Dresden errichtet wird und den im Deutschen Textilarbeiterverband organisierten Arbeitern und Arbeitern eine entsprechende Vertretung in der Verwaltung des Instituts gesichert werde. Der Versuch des Demokraten Weiß, für die handwerklich christlichen Textilarbeiter ein besondere Vertretung zu errichten, wurde vom Genossen Dreszel gebührend gewürdiggt.

An eine Übernahme der Tiefenbaulagen für die Lehrer auf den Staat ist nach den Erklärungen des Kultusministers Bück aus finanziellen Gründen vorläufig nicht zu denken. Die Frage soll bei der allgemeinen Regelung der Beamten- und Lehrerbefördung erledigt werden.

Politische Ratschläge.

Die Dresdner Volkszeitung, die sich als Regierungsgesetz sieht, hat sich die Gesetzesarten aller früheren Regierungskreise restlos angeeignet. Sie glaubt alle Regierungsgesetze unbekannt als der Weisheit leichten Schätz vertheidigen zu müssen und sieht ihre vornehmste Aufgabe darin, jede Opposition und allen Radikalismus niederauszuschlagen. Und auch die Methode hat sie ihren reaktionären Vorbildern abgelauscht. Sie schreibt vor keiner Beschimpfung und noch so gewagten Verdrehung zurück. Ein besonderer Stil lässt sie sich in der Dienstagsnummer, in der sie unter der Überschrift: „Unabhängige Verdrehungen gegen die Leipziger Volkszeitung“ postuliert. Wir hatten im Aufdruck an die Verhandlungen in der Volkskammer die Steuerpolitik der Regierung kritisiert, und auf die Ausführungen des Abgeordneten Höffel Bezug genommen, der der Regierung vorwarf, daß sie den Besitzenden ein zu weites Entgegenkommen gezeigt habe, während die Entlastung der Armen bei der Steuergrenze von 1100 M. hält macht. Die Feststellung dieser Tatsache hat bei dem Dresdner Mehrheitsorgan einen Wutanfall bewirkt. Es rempt einen unzulässigen Vertritt im Finanzausschuß an und behauptet mit der nur ihm eigenen Illusion:

„... Wenn jemand Fürsorge für die Besitzenden bei diesen Steuerfragen an den Tag gelegt hat, dann können es neben den bürgerlichen Vertretern doch nur die Unabhängigen unter Stellschafft gewesen sein — offenbar desselben Herrn, der die Verdrehungen in der Leipziger Volkszeitung abgedreht hat.“

Sie schreibt weiter von einem „Kampf“, den die Regierung für die schärfere Belastung der Besitzenden geführt habe, bei dem sie aber von den Unabhängigen nicht unterstützt worden sei.

Um zu zeigen, auf welcher Seite die Verdrehung und „bewunderungswürdige Verlogenheit“ ist, von der die Dresdner Volkszeitung in ihrer geschmackvollen Weise spricht, geben wir der folgenden Darstellung über die Vorgänge im Auschuss Raum:

Die Dresdner Volkszeitung erzählt von einem Kampf der Regierungsveteranen gegen die Herauslegung der Steuerzuschläge und für schärfere Belastung der Besitzenden, den die Unabhängigen im Ausschuss nicht unterstützen haben. Von einem solchen Kampf hat sicher im Finanzausschuß A kein Mitglied etwas beobachtet, denn das Finanzministerium hat auf die Kritik ihres Finanzgesetzes bei der ersten Beratung in der Kammer sofort erklärt, daß sein Entwurf zu weit gehe, und hat einen neuen Tarif vorgelegt, der die hohen Einkommen schon, aber den unteren Steuerklassen keine weitere Entlastung brachte. Die Tatsache der bevorzugung der höheren Einkommen wird auch nicht bestätigt durch den vom Minister Hirsch vorgelegten Tarif III, von dem er im Finanzausschuß A am 24. Juni selbst sagte, er entspreche der Wille und beruhe auf der besonderen Herangeholt der mittleren Einkommen, während die höheren Einkommen weniger herangezogen werden würden.

Gegenüber der Forderung der U.S., die Größe des steuerfreien Einkommens zu erhöhen, erklärte der Finanzminister, der Staat könne auf die dadurch ausfallenden 15 Millionen nicht verzichten.

Der vermeintliche Kampf der Regierung um ihren Tarif endete mit der Erklärung des Finanzministers, seinen eigenen Tarif III werde man fallen lassen können, aber im neuen Tarif IV solle ein Ausgleich geschaffen werden. Dieser wurde dann auch einstimmig angenommen. Unsre Genossen behielten sich aber ihre Stellung vor, da unsre Forderung nach Freilassung der unteren Steuerklassen unbedingtig geblieben war. Deshalb war auch die Kritik im Plenum notwendig.

Das mag für heute zur Charakterisierung des Dresdner Regierungskreises genügen.

Drohende Einstellung des sächsischen Personenverkehrs.

Der Streik in den sächsischen Kohlenbezirken macht sich im Verkehrswesen bemerkbar. Der Güterverkehr auf den sächsischen Bahnen ist gestern — mit Ausnahme der Lebensmitteltransporte — eingestellt worden. Wenn nicht noch im letzten Augenblick eine Einigung erzielt wird, ist für Freitag mit der Einstellung des gesamten Personenverkehrs auf den sächsischen Bahnen zu rechnen.

Zur Bewegung im Zwischen-Döbelner Revier wird noch auszwischen gemeldet: Die Bergarbeiterschaft im Zwischen-Döbelner Revier ist in eine neue Lohnbewegung eingetreten, weil sie mit einem Teile des von dem unparteiisch zusammengesetzten Schiedsgerichts über die letzten Lohnforderungen am 6. Juli gefallenen Schiedsspruch nicht zufrieden ist, obgleich die an dem Schiedsgerichtsverfahren beteiligten Arbeitervertretungen sich ausdrücklich mit dem Schiedsspruch einverstanden erklärt haben. Der bergbauökonomische Rat hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, sich in der gegenwärtigen Lohnbewegung an die am 6. Juli gefallenen Verhandlungen und an den einstimmig gefallenen Schiedsspruch zu halten. Er überläßt der Regierung alle weiteren Maßnahmen.

Teilweise Einigung im Dresdner Kellnerstreik.

Dresden, 9. Juli. 35 Gastronome haben heute mit den Gastwirtschaftsangestellten einen vorläufigen Sondervertrag abgeschlossen. Oberleutnant erhalten 150 Mark wöchentlich und 2 Prozent vom Umsatz, Kellner 125 Mark und 2 Prozent vom Umsatz. Für Kost und Wohnung können wöchentlich 20 Mark in Anspruch gebracht werden. Portiers erhalten gleiche Löhne wie Oberleutnant, außerdem bis 80 Pfennig 1 Prozent vom Umsatz, über 80 Pfennig 1/2 Prozent. Diese Löhne sind großzügig und durch einen entsprechenden Anschlag tatsächlich gemacht. Die Gastwirtschaften haben für heute einen Demonstrationszug geplant, der aber von der Regierung nicht genehmigt wurde.

Aus dem Stadtvordnetenjaal.

Der gestrigen Sitzung ging eine gemeinschaftliche Sitzung der Stadtverordneten und des Rates voraus, die sich mit der Wahl eines Polizeibürokrators beschäftigte. Zur engeren Wahl standen vier Kandidaten, von denen schließlich Amtsgerichtsrat Dr. Kubitschek zur Wahl vorgeschlagen und auch mit 54 von 70 Stimmen gewählt wurde. Nur 4 Stimmen waren weiss. 18 Stimmen erhielt Herr Stadtrat Ludwig Ditz. Leipzig.

Stadtverordnetenvorsteher Seeger eröffnet hierauf die Stadtverordnetensitzung und verliest eine Anzahl

Eingänge und Mitteilungen.

Die ersten Punkte der Tagesordnung enthalten eine Anzahl Eingaben,

die ohne wesentliche Aussprache im Sinne der Ausschuhträge Erledigung finden. Hervorzuheben ist die Eingabe wegen Herauslösung der Kleinhandelsklauspreise für Lebensmittel.

Der Verlehrdausschuss und die Mitglieder des Kollegiums im Ernährungsausschuss beantragen, die Eingabe dem Rat zur Erwiderung zu überweisen.

In der Aussprache über diese Eingabe wird u. a. auch Be schwerde über die hohen Kirchenpreise geführt und das Verschafeln des Rates bei der Kirchenverpflichtung einer Kritik unterzogen.

Stadt. Preßhner (U. S. P.) fordert die Übernahme der öffentlichen Verpflichtung in städtische Regie. Das sei die einzige Möglichkeit, beim Wucher das Handwerk zu legen.

Eine weitere Eingabe wendet sich a) gegen die Verlegung der Kohlenverteilungsstelle von Leipzig nach Dresden, fordert b) die Preisprüfung in der Industrie und c) Aufhebung der sächsischen Sonderfeiertage.

Der Verlehrdausschuss beantragt: zu a und b den Rat zu er suchen, die Eingabe bei den maßgebenden Stellen zu unterstützen, zu c die Eingabe auf sich beruhen zu lassen.

Eingabe wegen der

sowohl sie sich mit dem seguellen Problem befassen und der Ausschaltung der Jugend über die Gefahren der Geschlechtskrankheiten dienen sollen.

Der Schul- und Verlehrdausschuss beantragt folgende Entscheidung:

Man stimmt den Gesichtspunkten, die die Eingabe veranlaßt haben, zu, hält jedoch nur das Polizeibürokratamt, nicht den in der Eingabe vorgeschlagenen Ausschuss für geeignet, die vorhandenen Schäden zu befechten, und erachtet den Rat, in der Zwischenzeit neben der Polizei sofort eine amtsärztliche Stelle zu schaffen, die die Überwachung der Geschlechtsausführungen übernimmt.

Eingabe wegen Herstellung und Instandhaltung bauernder öffentlicher Spielplätze durch die Stadtverwaltung.

Der Diefbau- und Verlehrdausschuss beantragt: die Eingabe dem Rat zu Berücksichtigung zu überweisen.

Das Arbeitsamt der Stadt Leipzig.

Vor fast leerem Hause beginnt die Beratung über die Ausschaltung des städtischen Arbeitsnachweises zu einem städtischen Arbeitsamt, das in die beiden Abteilungen „Arbeitsnachweis“ und

„Arbeitslosenhilfsnachweis“ verzählt. Erstes eines Ortsgerichtes über das Arbeitsamt der Stadt Leipzig, Nachbewilligung von jährlich 7000 Mark Miete wegen der Räume des Facharbeitsnachweises für das Metallgewerbe und von 10 000 M. Berechnungsgeld zur Beisetzung der Einrichtungs- und Betriebskosten einer landwirtschaftlichen Nachabteilung des Arbeitsnachweises (5000 M. außerordentlich, 5000 M. ordentlich), Erlass eines Ortsgerichtes über die Pflichten der Arbeitgeber bei Einstellung von Arbeitslosen, Erteilung von Räumen im Grundstück Karlstraße Nr. 8 für Unterbringung des Arbeitsamts, Abteilung Arbeitslosenhilfsnachweise, zu Kosten der Aufwendungen für Erwerbslosenhilfsnachweise vom 1. April 1919 an zum jährlichen Mietzins von 10 000 M. ausschließlich Belzung, ferner Bewilligung von 10 Millionen Mark Berechnungsgeld auf das laufende Jahr für Zwecke der Erwerbslosenhilfsnachweise zu Kosten der Kriegsanleihe usw.

Der Verfassungs-, Stiftungs-, Verlehr- und Finanzausschuss sowie die Mitglieder des Kollegiums im Ausschuss für den Arbeitsnachweis beantragen einige redaktionelle Änderungen, im übrigen der Vorlage zu zustimmen und ferner den Rat zu eruchen, an das Reichsarbeitsministerium den Antrag zu richten, jede private gewerbsähnliche Stellenvermittlung zu verbieten.

Die Ausschuhträge wurden einstimmig angenommen und dadurch eine Eingabe wegen der gewölblichen privaten Stellenvermittlung und eine solche wegen der Kostenbedeutung für die partikulären Facharbeitsnachweise für erledigt erklärt. Eine weitere Eingabe wegen Übernahme der Kosten für eine Pflichtanlage im Facharbeitsnachweis des Metallgewerbes auf die Stadt läßt man auf sich beruhen.

Berichterstatte Stadt. Kolle. Stolpe (U. S. P.) erläutert das Ortsgericht, das Arbeitsamt der Stadt Leipzig betr., vom 29. März 1919.

Nach diesem Ortsgericht ist das Arbeitsamt eine städtische Einrichtung und untersteht der Ausschuss des Rates der Stadt Leipzig. Das Arbeitsamt hat die Aufgabe: 1. zwischen Arbeitgebern und männlichen sowie weiblichen Arbeitnehmern aller Berufsarten einschließlich der Haushaltseinheiten und Lehrlinge Arbeit und Stellen, insbesondere auch Arbeitsstellen für die städtischen Betriebe, zu vermitteln; 2. einen Nebenblick über den Arbeitsmarkt zu gewinnen, den Arbeitsmarkt zu überwachen und alle wichtigen Erfahrungen zu sammeln; 3. den Arbeitslosen nach Möglichkeit Arbeit zu verschaffen und im Falle der Unmöglichkeit durch Sammlung von Material, Zubehör und Dienstleistungen zu fördern; 4. bei etwaigen Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vermittelnd thätig zu werden. Eine freiliche Bekämpfung der Tätigkeit des Arbeitsamts zu 1 und 2 findet nicht statt. Die Arbeitsvermittlung erfolgt für Arbeitgeber und für Arbeitnehmer unentgeltlich. Bei Arbeitsvermittlungen und Aussperrungen hat die Arbeitsvermittlung zu unterliegen.

Der Redner geht dann noch des weiteren auf die Ausschuhverhandlungen ein und beantragt Zustimmung.

In der Aussprache weist Stadt. Stolpe (U. S. P.) darauf hin, daß mit der Errichtung des Arbeitsamts ein wichtiger Abschluß in der Entwicklung der Stadt Leipzig auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises und der Erwerbslosenhilfsnachweise erreicht sei. Die Vorlage sei jedoch nur als vorläufiger Abschluß zu verstehen und noch weitgehend auszubauen, besonders auf dem Gebiet der Städte.

Im Zusammenhang mit dieser Vorlage war noch Weisung zu fassen über Maßnahmen, die Arbeitslosen 1. eine einmalige, unmittelbar an die Vermieteter auszuzahlende Mietentlastung von 20 M. für Verlehrate und 10 M. für Pfeßige zu gewähren und hierfür ein Berechnungsgeld von 400 000 M. zu Kosten der Kostenanleihe zu bewilligen, 2. alle städtischen Steuern vom Beginn des Ablaufs des Monats, in dem die Arbeitslosigkeit westfällt, zu erlassen,

Erhöhung der Unterstήlung für die Arbeitslosen und wegen Annahme von Notlandarbeiten.

Der Stellvertreter Stadt. Börs. (W. A.) erklärt, daß bei Gewährung von Arbeitslosenunterstήlung genau geprüft werden müsse, da viel Vertrüger vorkommen. Die Schneider und Schneiderinnen, die heute noch Arbeitslosenunterstήlung beziehen, seien alle Konzenser, da gerade für diese sehr viel Arbeit vorhanden sei.

Stadt. Jahr (U. S. P.) weist die Ausschuhträge Böllerhos auf und der Privatangestellte Enke weist nach, daß sich viele Arbeiter für Hungerlinie arbeiten, nur um wenigstens arbeiten zu können. Es sei verkehrt, Einzelfälle zu verallgemeinern.

Die Abstimmung ergibt einstimmig der Ausschuhträge.

Erweiterung des Mieteinigungsamtes.

Eine Maßvorlage betrifft die Erweiterung und Unterbringung des Eingangsamts im Grundstück Rathausring Nr. 7, Gewährung von Vergütungen an die Beisitzer und Nachbewilligung von insgesamt 111 100 M.

Der Verfassungs-, Hochbau- und Finanzausschuss beantragen: der Vorlage zuzustimmen.

Berichterstatte Stadt. Börs. Seeger begründet die Vorlage und weist darauf hin, daß sich das Mieteinigungsamt als bauernde Einrichtung notwendig machen werde. In den neuen Räumen soll dann auch ein Wohnungsraum untergebracht werden. Den Beisitzern des Eingangsamtes gebühre für ihre unentgeltliche Tätigkeit der Dank des Kollegiums.

Nach langer Aussprache finden die Ausschuhträge Annahme, Genehmigung des Straßenbahntariffs bis 30. September.

Eine Maßvorlage betrifft die Genehmigung des Straßenbahntariffs auf weitere drei Monate, also bis zum 31. Oktober d. J., und Einführung eines gemischten Ausschusses, der aus je 5 Mietmitgliedern und 5 Stadtverordneten bestehen soll und zu dem

Stadt. Rechts (M. S. P.) weist in der Aussprache darauf hin, daß den Stadtverordneten das Recht der Mitarbeit zugestellt werden müsse. Wenn der Vertreter des Rates in den Ausschüssen erklärt hat, daß der Rat nicht nachgeben könne, so sei das eine Brüderlichkeit des Kollegiums. Wenn die Vorlage scheiterte, so trage der Rat allein die Verantwortung.

Gegen einige Stimmen wird schließlich der Ausschusshandtag angenommen.

Ohne mündlichen Bericht und Aussprache werden in rascher Folge noch eine reiche Anzahl Vorlagen, Bewilligungen und Rückversicherungen des Rates im Sinne der Ausschusshandträge erledigt.

Gerichtsstadl.

Vorbericht.

Die 400000-Mark-Expresions-Affäre vor Gericht

In der am Mittwochmittag weitergesetzten Verhandlung wird der Stadtverordnete Lehmann als Zeuge vernommen, der am 4. März 1910 mit bei dem Bankdirektor Dr. Schönbach und bei dem Oberbürgermeister Dr. Nothe gewesen ist. Er bestätigt im wesentlichen die von den Angeklagten gegebene Darstellung. Am 5. März sei er ebenfalls mit zum Oberbürgermeister berufen worden. Wenn der Oberbürgermeister zur Bereitstellung des Geldes nicht bereit sei, habe seine Verhaftung erfolgen sollen. Bei der Verhandlung mit dem Oberbürgermeister sei er selbst nicht zugegen gewesen. Zu dem Vorgehen gegen den Oberbürgermeister hält sich der Zeuge berechtigt.

Zeuge Rudolph, Angestellter des Elektrizitätswerkes, gibt an, daß er auf Zahlung der rückständigen Löhne beim A. und S.-Rat gedrängt habe. Dabei habe er erklärt, daß man keine Verantwortung für die Sicherheit des Elektrizitätswerkes mehr übernehmen könne, wenn keine Zahlung erfolge. Mit dem Abbruch des Streiks sei nicht gedroht worden.

Der ehemalige Geschäftsführer des A.- und S.-Rates Parteiobmann Schröder schildert zunächst die Szenen, die sich wegen Nichtauszahlung der Unterstüzung im Hause des A.- und S.-Rates abgespielt haben. Über die Beschlüsse des Engeren Ausschusses vermag er keine näheren Angaben zu machen, da er sehr oft abgeholt gewesen sei, an den Sitzungen teilzunehmen. — Der Zeuge wird nicht verhört, weil er der Ansicht ist, daß die Aussistung zu der vorliegenden Straftat verdeckt sei.

Hierauf wird als Zeuge Oberbürgermeister Dr. Nothe vernommen. Er schildert zunächst die Vorgänge in seiner Wohnung im 4. März. Die Guthaben der Stadt hätten im ganzen etwa zehn Millionen betragen. Er habe erklärt, die Gelder seien aber nicht zu erreichen gewesen, da die Banken geschlossen gewesen seien. Einzelheiten seien an diesem Abend nicht weiter besprochen worden. Nur über die Arbeitslosenunterstützung habe er speziell gesprochen. Am 28. Februar sei keine Arbeitslosenunterstützung mehr gezahlt worden. Auf eine Frage des Vorsitzenden sagt Dr. Nothe aus, daß er gewußt habe, daß der Rat neutral bleiben sollte, die Beamten in der Arbeitslosenunterstützung und Lebensmittelversorgung aber weiterarbeiten sollten. Klagen seien gekommen wegen der Kriegsunterstützung. Die Beamten hätten aber die Übernahme der Auszahlung abgelehnt. Deshalb habe er Anwendung gegeben, durch die Ratswachen in den dringendsten Fällen Darlehen bis zu 20 M. auf die Unterstützung auszuzeichnen. Ansammlungen von Arbeitslosen hätten nur am 1. März stattgefunden. Die Löhne der städtischen Arbeiter seien zum größten Teil gezahlt worden. Die frühere Zahlung der Gehälter und Löhne sei erfolgt, weil die Arbeiter und Angestellten unruhig gewesen seien und die spätere Auszahlung gefordert hätten. Das sei wiederholt vorgekommen. Nicht richtig sei es, daß der Zeuge für den Gegenstreik auf die Beamten eingewirkt habe. Auf die Frage des Verteidigers Dr. Herzfeld erklärt der Zeuge, daß er bei der Zahlungsanstellung für die Löhne und Gehälter von einem beobachteten Gegenstreik der Beamten keine Kenntnis gehabt habe. Möglicherweise, daß er erklärt habe, die vorhandenen flüssigen Mittel der Stadt reichten für die Unterstützungen nur noch auf zwei Tage. An noch vorhandene eine Million 50 Pf. schenke habe er nicht gedacht. Was dann später werden sollte, sollte am nächsten Tag besprochen werden. Dr. Wrede stellt der Zeuge, daß Unruhen in Leipzig ausbrechen würden, wenn keine Unterstützungen gezahlt werde. Davor sei ihm nichts bekannt gewesen. Weiter erklärt der Zeuge, daß außer der kurzen Besprechung am 5. März keine Verbindung zwischen Rat und Bürgerausschuß bestanden hätten. Weitere Fragen über die Versprechungen des Oberbürgermeisters mit dem Bürgerausschuß läßt der Vorsitzende nicht zu.

Auf Befragen des Verteidigers Dr. Marschner erklärt Dr. Nothe, daß die Auszahlung der Darlehen durch die Ratswachen nicht bekräftigt worden seien. Auch dem A.- und S.-Rat sei davon nichts mitgeteilt worden. Nach dem 28. Februar sei auch nie wieder auf die Beamten eingewirkt worden, damit sie die Arbeit wieder aufnehmen sollten.

Dann schildert der Zeuge den Vorgang über den eigentlichen "Expresionsfall". Geyer und Krug seien gekommen und hätten die städtischen Gelder verlangt. Er habe seine Verwunderung ausgedrückt, daß die Unterstützungen und Löhne gezahlt würden. Eine klare Antwort auf die Frage nach der Verwendung der Gelder habe er nicht erhalten können. Er später sei ihm klar geworden, daß der Hauptzweck gewesen sei, die Eisenbahner im Streik zu halten. Seine Aussage sei, daß der Streik noch am selben Tage zusammenbrechen würde, wenn das Geld nicht beschafft würde. Er selbst habe die Abtretung der städtischen Gelder abgelehnt, weil er dazu nicht berechtigt sei. Darauf habe Friedrich Geyer erwidert: "Sie wissen doch, daß wir in der Lage sind, Gewalt anzuwenden und das werden wir tun. Es ist doch nicht nötig, daß wir das erst tun; Sie können sich doch auch so führen. Wir brauchen doch nicht erst jemand ins Zimmer zu rufen." Von einem Passivfeind sei nicht gesprochen worden. Er habe aber das Gefühl gehabt, daß er verhext werden sollte. Nach kurzer Diskussion mit dem Stadtrat Bluth habe er sich dann unter Protest dem Prozeß gestellt und die Abreitungsurkunde unterzeichnet. Der Angeklagte Krug habe dabei wenig, der Angeklagte Schröder fast gar nichts gesagt. Die Bankvertreter hätten dann eine Änderung der Auszahlungsform gewünscht, auf die der Zeuge schließlich eingegangen sei. Bei der Auszahlung am Abend seien vom A.- und S.-Rat Krug, Schröder und eine dritte unbekannte Person zugegen gewesen. Über die Verwendung des Geldes gibt der Zeuge an, daß das an die Eisenbahner gezahlte Geld bis auf etwa 20000 M. zurückgezahlt worden sei. Nach den Darstellungen des Zeugen Bittner werde die Stadt nur um etwa 13000 M. durch die Unterschlagung heins geschädigt werden. Auf Befragen erklärt der Zeuge, daß Krug mit allem, was Geyer sagte, einverstanden gewesen sei. Was Schröder noch sollte, sei ihm nicht klar geworden. Er habe die ganze Aktion als einen gegen sich gerichteten Gewaltakt angesehen, an dem alle drei beteiligt gewesen seien. Als Zeugen seien Schröder und Krug nicht anzusehen gewesen. — Auf Vorhaltung des Verteidigers Dr. Herzfeld erklärt der Zeuge, daß er keine Veranlassung gehabt habe, freilich bei den Banken Nachforschungen nach verflüchtigten Geldern anzustellen. Zumutlich seien höchstens als Folgen des Generalstreiks zu befürchten gewesen, nicht wegen Auszahlung der Unterstüzung, diese seien ja geahnt worden. Über die Nichtauszahlung von Löhnen im Elektrizitätswerk befragt, erklärt der Zeuge, es sei ihm nicht bekannt geworden, daß der Direktor Zillman die Herausgabe der Lohnlisten verwelkt habe. Auf weitere Befragen antwortet der Zeuge, daß er vom Ministerium, die Weisung erhalten habe, sich selbst zu helfen. Darauf habe er aber, wie Dr. Herzfeld feststellt, nichts getan.

Angeklagter Krug weist darauf hin, daß ganz Leipzig gewußt habe, daß Unruhen zu befürchten seien. Nur der Oberbürgermeister habe nach seiner Darstellung nichts davon gewußt. Weiter bestont der Angeklagte, daß mit allem Nachdruck auf die zu erwartenden Unruhen hingewiesen worden sei. Letztlich hätten der Oberbürgermeister sprach, sondern sind sehr wohl miteinander vereinbar. Der Urteil-

wasser und die ihm nahestehenden Kreise keine Ahnung von der Stimming der Masse. Hätten die Führer der U. S. P. nicht dauernd gebeten, würden auch in Leipzig ähnliche Katastrophen eingetreten, seien wie in andern deutschen Städten.

Angeklagter Schröder erinnert daran, daß Dr. Nothe selbst die fristlose Auszahlung der Löhne mit den zu beschließenden Unruhen begründet habe. Also könne doch der Oberbürgermeister jetzt nicht mehr sagen, daß Unruhen nicht zu erwarten gewesen seien. Oberbürgermeister Dr. Nothe gibt dann auf Vorhaltung zu, daß die Ausszahlung der Arbeitslosenunterstützung Unruhen zu befürchten gewesen seien; deshalb habe er ja auch Vorsorge getroffen, die Ausszahlung sicherzustellen.

Staatsanwalt Dr. Mühlé sucht durch Verlesung eines Artikels aus der Leipziger Volkszeitung über Ruhe in Leipzig einen Gegensatz zwischen der Ausszählung der Redaktion und dem Oberbürgermeister Dr. Nothe gewesen ist. Er bestätigt im wesentlichen die von den Angeklagten gegebene Darstellung. Am 5. März sei er ebenfalls mit zum Oberbürgermeister berufen worden. Wenn der Oberbürgermeister zur Bereitstellung des Geldes nicht bereit sei, habe seine Verhaftung erfolgen sollen. Bei der Verhandlung mit dem Oberbürgermeister sei er selbst nicht zugegen gewesen. Zu dem Vorgehen gegen den Oberbürgermeister hält sich der Zeuge berechtigt.

Zeuge Rudolph, Angestellter des Elektrizitätswerkes, gibt an, daß er auf Zahlung der rückständigen Löhne beim A. und S.-Rat gedrängt habe. Dabei habe er erklärt, daß man keine Verantwortung für die Sicherheit des Elektrizitätswerkes mehr übernehmen könne, wenn keine Zahlung erfolge. Mit dem Abbruch des Streiks sei nicht gedroht worden.

Der ehemalige Geschäftsführer des A.- und S.-Rates Parteisekretär Schröder schildert zunächst die Szenen, die sich wegen Nichtauszahlung der Unterstüzung im Hause des A.- und S.-Rates abgespielt haben. Über die Beschlüsse des Engeren Ausschusses vermag er keine näheren Angaben zu machen, da er sehr oft abgeholt gewesen sei, an den Sitzungen teilzunehmen. — Der Zeuge wird nicht verhört, weil er der Ansicht ist, daß die Aussistung zu der vorliegenden Straftat verdeckt sei.

Hierauf wird als Zeuge Oberbürgermeister Dr. Nothe vernommen. Er schildert zunächst die Vorgänge in seiner Wohnung im 4. März. Die Guthaben der Stadt hätten im ganzen etwa zehn Millionen betragen. Er habe erklärt, die Gelder seien aber nicht zu erreichen gewesen, da die Banken geschlossen gewesen seien. Einzelheiten seien an diesem Abend nicht weiter besprochen worden. Nur über die Arbeitslosenunterstützung habe er speziell gesprochen. Am 28. Februar sei keine Arbeitslosenunterstützung mehr gezahlt worden. Auf eine Frage des Vorsitzenden sagt Dr. Nothe aus, daß er gewußt habe, daß der Rat neutral bleiben sollte, die Beamten in der Arbeitslosenunterstützung und Lebensmittelversorgung aber weiterarbeiten sollten. Klagen seien gekommen wegen der Kriegsunterstützung. Die Beamten hätten aber die Übernahme der Auszahlung abgelehnt. Deshalb habe er Anwendung gegeben, durch die Ratswachen in den dringendsten Fällen Darlehen bis zu 20 M. auf die Unterstützung auszuzeichnen. Ansammlungen von Arbeitslosen hätten nur am 1. März stattgefunden. Die Löhne der städtischen Arbeiter seien zum größten Teil gezahlt worden. Die frühere Zahlung der Gehälter und Löhne sei erfolgt, weil die Arbeiter und Angestellten unruhig gewesen seien und die spätere Auszahlung gefordert hätten. Das sei wiederholt vorgekommen. Nicht richtig sei es, daß der Zeuge für den Gegenstreik auf die Beamten eingewirkt habe. Auf die Frage des Verteidigers Dr. Herzfeld erklärt der Zeuge, daß er bei der Zahlungsanstellung für die Löhne und Gehälter von einem beobachteten Gegenstreik der Beamten keine Kenntnis gehabt habe. Möglicherweise, daß er erklärt habe, die vorhandenen flüssigen Mittel der Stadt reichten für die Unterstützungen nur noch auf zwei Tage. An noch vorhandene eine Million 50 Pf. schenke habe er nicht gedacht. Was dann später werden sollte, sollte am nächsten Tag besprochen werden. Dr. Wrede stellt der Zeuge, daß Unruhen in Leipzig ausbrechen würden, wenn keine Unterstützungen gezahlt werde. Davor sei ihm nichts bekannt gewesen. Weiter erklärt der Zeuge, daß außer der kurzen Besprechung am 5. März keine Verbindung zwischen Rat und Bürgerausschuß bestanden hätten. Weitere Fragen über die Versprechungen des Oberbürgermeisters mit dem Bürgerausschuß läßt der Vorsitzende nicht zu.

Auf Befragen des Verteidigers Dr. Marschner erklärt Dr. Nothe, daß die Auszahlung der Darlehen durch die Ratswachen nicht bekräftigt worden seien. Auch dem A.- und S.-Rat sei davon nichts mitgeteilt worden. Nach dem 28. Februar sei auch nie wieder auf die Beamten eingewirkt worden, damit sie die Arbeit wieder aufnehmen sollten.

Dann schildert der Zeuge den Vorgang über den eigentlichen "Expresionsfall". Geyer und Krug seien gekommen und hätten die städtischen Gelder verlangt. Er habe seine Verwunderung ausgedrückt, daß die Unterstützungen und Löhne gezahlt würden. Eine klare Antwort auf die Frage nach der Verwendung des Geldes gibt der Zeuge an, daß das an die Eisenbahner gezahlte Geld bis auf etwa 20000 M. zurückgezahlt worden sei. Nach den Darstellungen des Zeugen Bittner werde die Stadt nur um etwa 13000 M. durch die Unterschlagung heins geschädigt werden. Auf Befragen erklärt der Zeuge, daß Krug mit allem, was Geyer sagte, einverstanden gewesen sei. Was Schröder noch sollte, sei ihm nicht klar geworden. Er habe die ganze Aktion als einen gegen sich gerichteten Gewaltakt angesehen, an dem alle drei beteiligt gewesen seien. Als Zeugen seien Schröder und Krug nicht anzusehen gewesen. — Auf Vorhaltung des Verteidigers Dr. Herzfeld erklärt der Zeuge, daß er keine Veranlassung gehabt habe, freilich bei den Banken Nachforschungen nach verflüchtigten Geldern anzustellen. Zumutlich seien höchstens als Folgen des Generalstreiks zu befürchten gewesen, nicht wegen Auszahlung der Unterstüzung, diese seien ja geahnt worden. Über die Nichtauszahlung von Löhnen im Elektrizitätswerk befragt, erklärt der Zeuge, es sei ihm nicht bekannt geworden, daß der Direktor Zillman die Herausgabe der Lohnlisten verwelkt habe. Auf weitere Befragen antwortet der Zeuge, daß er vom Ministerium, die Weisung erhalten habe, sich selbst zu helfen. Darauf habe er aber, wie Dr. Herzfeld feststellt, nichts getan.

Angeklagter Krug weist darauf hin, daß ganz Leipzig gewußt habe, daß Unruhen zu befürchten seien. Nur der Oberbürgermeister habe nach seiner Darstellung nichts davon gewußt. Weiter bestont der Angeklagte, daß mit allem Nachdruck auf die zu erwartenden Unruhen hingewiesen worden sei. Letztlich hätten der Oberbürgermeister sprach, sondern sind sehr wohl miteinander vereinbar. Der Urteil-

ber Dr. B. vom 5. März wendet sich gegen die wilden, verlogenen Schauergeschichten, die auswärts über die angeblichen Unruhen und Unruhen in Leipzig während des Generalstreiks verbreitet wurden. Es wurde festgestellt, daß „bis zur Stunde“ Ruhe und Ordnung in Leipzig nicht gesäuft worden waren. Das schloss natürlich keineswegs aus, daß es zu ernsten Unruhen kommen könnte, wahrscheinlich kommen mußte, wenn nicht alles getan wurde, die bestehende Not zu lindern. Ja, hätte der Herr Staatsanwalt den Urteil zu Ende gelesen, so würde er gefunden haben, daß im letzten Absatz ziemlich deutlich vor Ausschreitungen gewarnt wird. Besonders im Schluss wird die Arbeitslosigkeit indirekt erwähnt, auch seiner Bekanntheit und Disziplin zu wahren und den Beamten keinen willkommenen Anlaß zum gewaltfamen Einschreiten zu bieten. Daraus ergibt sich für jeden, der logisch zu denken vermag — und das wird der Herr Staatsanwalt als Jurist sicher können —, daß auch wir seinerzeit sehr wohl mit der Möglichkeit durch die Not hervorgerufener Krawalle rechneten. Unsere Ansicht besteht also in dieser Hinsicht mit der von den Angeklagten vorgebrachten. Von den in dieser Angelegenheit gegebenen Darstellungen war weder die der Angeklagten noch die der Abteilung der U. B. unwahr. Wenn also unwahre Darstellungen gegeben sein sollten, müsste sie der Herr Staatsanwalt schon wo anders suchen.

Gewerkschaftsbewegung.

Aus dem Leipziger Fleischergewerbe.

Die Fleischermänner versuchen jetzt eine Verlängerung der Arbeitszeit von acht auf neun Stunden durchzuführen, trotzdem sie immer verschwinden, es ist keine Arbeit vorhanden. So lassen einige Geschäfte zum Beispiel Sonnabends von 4 Uhr morgens bis 8 Uhr abends arbeiten. Wie mit der Arbeitszeit, so ist es auch mit der Entlohnung. Wohl keine Kategorie von Arbeitern wird so schlecht entlohnt wie die Fleischergesellen. Der Lohn für Gesellen unter 20 Jahren beträgt 25 Mark, über 20 Jahren 35 Mark, für Werkmeister 45 Mark pro Woche; wo kost nicht gewährt wird, werden 30 Mark und wo Logis nicht gewährt wird, werden 4 Mark Entschädigung pro Woche gezahlt. Ein Teil Fleischermänner beschäftigen ihre Gesellen nur 2 oder 3 Tage in der Woche, so daß für die anderen Tage die Erwerbslosenfürsorge einzutreten muss und so Löhne von wöchentlich 30 M., 31 M. und 31,85 Mark bezahlt werden. Wie damit ein Werkmeister auskommen soll, bleibt Geheimnis der Fleischermänner.

In einer der leiter Aussprachen erklärte der Obermeister der Fleischertreiberei, Herr Vogel, daß nun endlich einmal angerufen werden müsse mit dem Abwahl der Löhne. Kein Wunder, wenn die Gesellen erklären, liebet ganz arbeitslos, als die Atmosphäre dieser Herren einstehen.

Es ist an der Zeit, daß sich die Öffentlichkeit mit den Zuständen im Fleischergewerbe beschäftigt.

Zentralverband der Fleischer, Direktion Leipzig.

Die Leipziger Eisenbahner fordern die Betriebsräte.

Am Sonnabend, dem 6. Juli, tagte im Sansouci eine von annähernd 8000 Eisenbahner besuchte Versammlung, die nach einem Ratsrat des Genossen Böltcher einstimmig die nachstehende Resolution annahm:

"Die am 6. Juli im Sansouci von 8000 Eisenbahner besuchte Versammlung fordert schleunigste Einführung der Betriebsräte nach den Richtlinien, wie sie vom Verbandsstag des Deutschen Eisenbahner-Verbandes in Henn angenommen worden sind. Die Anwesenden verpflichten sich, den Kampf bis zur endgültigen Einführung aufzunehmen."

Die Ortsverwaltungen Leipzig I und II des Deutschen Eisenbahner-Verbandes."

Ein deutscher Architektenrat ist am 27. Juni in Berlin gegründet worden als Zusammenschluß der Architekten: eine mehr sachverständige künstlerische Betriebsleitung. Doch heißt es in dem aus zugestellten Taugungsbericht: Architekt Paulsen behandelte in interessanter Weise die Stellung des Architekten im Aufbau der neuen Gesellschaft. Die Entwicklung läßt sich noch nicht übersehen. Man kann und muß nur die Möglichkeiten ins Auge lassen, die den selbständigen Architekten in ein Abhängigkeitsverhältnis zu bringen drohen, sei es, daß der Großkapitalismus der siegreichen Entente-Staaten, sei es, daß sozialistische Idee in der weiteren Gesellschaftsentwicklung obliegen sollten. Diesen Gefahren kann nur eine einsichtliche Berufssorganisation begegnen bzw. die Folgen adäquat.

Die Herren haben denkt von der neuen Zeit noch nichts begriffen.

Quittung.

Bis jetzt quittiert 18100,17 M. Grüner gingen ein: Teller-Sammlung Schlossgarten Sellerhausen 210,01 M., Bischofsweiße 20 M., Böhl 2000 Personal der Firma Alfred Schätz 10,50 M., Schätz Connewitz 20 M., Teller-Sammlung Untere Poststraße 28,50 M., Büblis 50 Pf., Unbekannt 50 Pf., C. & C. 50 Pf., Männergesangverein Marienberg 11,75 M.

Zentralwahlbüro an.

Briefkassen der Redaktion.

W. Sch. Unterstüzung nach Ihnen die Stadt Dresden zahlen, in der Sie bis zu Ihrem Umzug Ihren Wohnsitz gehabt haben.

M. O. Nehmen Sie das Mietentlastungsbüro in Anspruch, wenn Ihnen gefündigt werden solltet.

W. B. Seien Sie sich den Beschluss der Arbeitslosen-Versammlung an.

C. R. 34. II. Das ist zulässig. Natürlich unter Einhaltung der vereinbarten oder gesetzlichen Kündigungssfrist.

B. Sch. VI. 1. In der Regel das laufende Steuerjahr. 2. So weit es sich um Faktien zur Arbeitsstätte handelt. 3. Ja. 4. Das ist fürstlich ausführlich in einem Artikel dargelegt worden, den wir im Briefkasten nicht wiederholen können. Gartencraft kommt nicht in Frage.

R. 350. Wenn es gewöhnlich geschieht, ist es strafbar. Versünftige Leute sollten sich damit überhaupt nicht abgeben.

G. B. Lindenau. In erster Linie ist das Einkommen des laufenden Steuerjahrs maßgebend.

L. B. Stellen Sie unter Darlegung Ihrer Verhältnisse einen Antrag auf Arbeitslosen-Unterstützung. Der Erfolg ist allerdings zweifelhaft.

O. L. P. Wendeln Sie sich an den Magistrat der Stadt Köln. 1. In der Regel ist das Jahr 1919 maßgebend. 2. Nach Verlauf eines Jahres brauchen Sie diese Abgabe nicht mehr zu entrichten.

D. C. 118. 1. Ja. 2. Ja. 3. Hängt von der gerichtlichen Entscheidung ab. 4. Ja. 5. Ja. 6. Diese Drohung ist keine strafbare Handlung. 7. Darüber können wir Ihnen auch keine Auskunft geben.

8. Nein. 9. Ja. Wenn Ihre Frau kein besonderes Diplom hat, 10. Ja. Zwei Mark für die Parteiakte.

N. P. 47. Wenn Sie wegen derselben Krankheit frank geschrieben werden, bekommen Sie keine Unterstüzung. Nur wenn der Arzt eine andere Krankheit feststellt.

Die verhängnisvollen Stiefel.

Von William M. Thaddeus.

August.

Kinder haben ihre Tage.

Nun seien Sie, wie das Leben ist: Von jenem Tage an bis zu dieser Stunde habe ich Unglück über Unglück gehabt. Ich bin in der Welt immer tiefer gesunken, und anstatt mein eigenes Herz zu reiten und mein gutes Glas Wein zu trinken, wie doch ein wahrlicher Gentleman es sich sollte leisten können, habe ich jetzt kaum genug, um mir einen Krug Bier zu kaufen, und bin sogar sehr froh, wenn irgend jemand einen für mich bezahlt. Warum, ja warum war ich dann geboren, so unverdientes Michaelis zu erleiden?

Ach muss erwähnen, daß sehr bald nach meinem Abenteuer mit Bräutlein Crim und mit dem leichten Volumen, dem Kapitän Waters, — sam Tage, wondern er mich so schimpflich beleidigt hatte, ging es schnell in See; sonst hätte ich ihm ganz gewiß eine Angel durch den Kopf geschossen; jetzt lebt er ja in England und ist sogar mein Verwandter, aber natürlich schneide ich den Teil! — also sehr bald nach diesen schmerzlichen Ereignissen trat ein anderes ein, das ebenfalls mit einer traurigen Enttäuschung endigte: mein lieber Papa starb und hinterließ statt der fünftausend Pfund, die ich zum allermindesten erwartet hatte, nur sein Hut, das allerhöchstens zweitausend wert war. Und Gott vergaß ich; meiner Mutter und meinen Schwestern hinterließ er allerdings eine Summe von zweitausend Pfund, die bei der berühmten Anna F. und Aldgate & Co. angelangt waren; aber sechs Monate nach seinem Ende machte die Firma Bankrott und beachtete dann in Miss Dakken ungefähr einen Shilling und neun Pence auf das Pfund, und das war denn wirklich alles, was meine Mutter und meine Schwestern zum Halt hatten.

Die armen Geschöpfe hatten gar keine Ahnung von Geldsachen. Sollte man es glauben? Als die Nachricht von Pump und Aldgates Bankrott eintraf, da lächelte meine Mama nur, schlug die Augen zum Himmel auf und sagte: Gelobt sei Gott, daß wir noch etwas zum Leben haben; es gibt, siehe Kind'r, auf dieser Welt Achtausende, die unsern Armut für Reichtum ansehen würden!

Hiermit läßt sie meine lieben Schwestern, die natürlich zu plärren anfingen, wie Mädchen ja immer tun. Sie schütteten ihre Arme um Mamas Hals und dann um meinen Hals, als ich halb erstaunt und von ihren Tränen ganz naß war.

Beliebtest Mama, sagte ich, ich sehe mit großer Freude, auf wie edle Weise du deinen Verlust tröstest; und noch mehr freut es mich, zu erfahren, daß du so reich bist, um ihn andthalten zu können.

Ach dachte tatsächlich, die alte Dame hätte sich heimlich einen eigenen Schatz für sich zurückgelegt, wie ja viele es machen — tausend Pfund oder so, in einem Stumpf. Hätte sie in den dreißig Jahren ihrer Ehe, jährlich dreißig Pfund auf die hohe Kante gelegt — und das hätte sie leicht tun können — so wären ja bare neunhundert Pfund dagekommen. Dabei ärgerte mich aber doch der Gedanke an solche mögliche Geheimtruhen — womit sie außerdem eigentlich doch in ein Geld beiseite gebracht hätte. Ich fuhr daher in gleicher Idiotismus-Tone fort: Du sagst, Mama, du seist reich, und Pump und Aldgates Bankrott mag' dir nichts ans. Es macht mich sehr glücklich, das von dir zu hören — sehr glücklich, daß du wirklich reich bist. Ich möchte nur gern wissen, wo dein Eigentum, über vieles mehr meines Vaters Eigentum — denn du hastest ja nichts — versteckt hast, und wo dies Geld liegt. Und gestatte mir noch eine Bemerkung: als ich mich bergauf erhöhte, dir und meinen beiden Schwestern für achtzig Pfund im Jahr Post und Wohnung zu geben, da wußte ich nicht, daß du noch andere Hilfsmittel hastest, als die in meines seligen Vaters Testamente erwähnt waren!

Dies sah ich zu ihr, weil die Nebrigheit ihrer Heimlichkeiten mir veracht war, nicht etwa, weil ich bei der Bezeichnung für ihre Verkündigung Schaden gehabt hätte, denn die drei armen Dinger aber nicht viel mehr als Spaten, und ich habe mit seitdem oft ausgerechnet, daß ich jährlich gut und gerne zwanzig Pfund an ihnen verdiente.

Mama und die Mädchen sahen ganz erstaunt aus, als ich diese Worte hörte. Was meint er denn nur? sagte auch Eliza.

Mama wiederholte die Frage: Mein geliebter Robert, von was für einer Verheimlichung spricht du denn?

Ich spreche von beileibe gebräuchtem Eigentum! sagte ich ernst.

Du — was — du kannst — du nimmst wirklich an, ich hätte von meinem lieben Seligen Eigentum beileibe gebracht? schrie Mama. Robert! Bob, mein Liebling, mein guter Junge — mein liebster, zärtlicher Junge — lebt, da er dahingegangen ist — damit meine lieben seligen alten Herrn (und das Geweine ging von frischem los) — nein, nein, du kannst doch nicht glauben, daß deine eigene Mutter, die dich unter dem Herzen trug, die dich an ihrer Brust nährt, die soviel Tränen um dich weinte, die ihr alles hergeben würde, um dir das kleinste Ungemach zu ersparen — du glaubst doch nicht, daß sie dich betrügen würdet!

Und dann stieß sie einen noch viel lauteren Schrei aus und fiel auf das Sofa, und die eine meiner Schwestern stützte sich in ihre Arme, und die andere umhüllte sie beide, und dann ging das Küschen und das Heulen von neuem an — nur, Gott sei Dank, diesmal ohne mich. Ich hatte solche Gesäßhöhlenschwäche.

Wieder einmal sagte ich, indem ich ihre Stimme nachahmte, was neinst du denn sonst damit, daß du sagst, du seist reich. Sag mir: hast du Geld oder hast du kein? Und damit stieß ich zugleich eine gute lustige Blöße aus, die ich hier nicht wiedergebe; aber es ist wahr, ich war wirklich wüst.

So wahr mir der Himmel helfe, antwortete Mama, und dabei setzte sie auf ihre Knie und falte die Hände: ich habe auf dieser ganzen Erdenwelt weiter nichts als eine Guinee vor der Königin Anna!

Ja, was veranlaßt dich denn, mir solche albernen Geschichten zu erzählen und von deinem Reichtum zu sprechen, da du doch weißt, daß du und deine Töchter, Bettler seid — jawohl, Bettler!

Wein sieben Arme, haben wir denn nicht das Haus und die Einrichtung und immer noch hundert Pfund? Und hast du nicht große Talente, die uns alle wohlhabend machen werden? rief Frau Stubbs. Damit stand sie auf, machte einen Versuch zu lächeln, ergriff meine Hand und küßte sie.

Dies war mir denn doch zu boppig!

Du hast hundert Pfund im Jahr? Du hast ein Haus? Bei meiner Seele und Ehre, davon höre ich ja heute zum erstenmal was. Über dich will dir mal was sagen — und das sagte ich ihr ziemlich harf — da du so ein Haus hast, so ist es besser, du wohnst in deinem Haus.

Ich habe gerade neunzig zu tun, um in meinem eigenen Hause krisig zu werden, und brauche jeden Penny von meinem Einkommen!

Hierans antwortete die alte Dame gar nichts mehr. Sie fleckte einen lauten Schrei aus, den man von hier bis York hätte hören können — und dann fiel sie hin und zappelte und schlug um sich, wie wenn sie richtig Krämpfe gehabt hätte.

An den nächsten paar Tagen bekam ich von Frau Stubbs nichts zu sehen. Meine Schwestern kamen zum Essen herunter, sagten aber niemals ein Wort zu mir; dann gingen sie wieder hinauf und sagten bei ihrer Mutter. Schließlich kamen sie eines Tages ganz feierlich in mein Arbeitszimmer, und Eliza, die Nekoste, sagte zu mir: Robert, Mama hat für unsere Post bis Michaelis bezahlt.

Das hat sie, sagte ich; denn ich paßte immer ganz höllisch auf, ob ich das Geld im voraus kriegt.

Sie sagt, Robert, am Michaelistag — dann — dann gehen wir fort, Robert.

Ach so, sie zieht wohl in ihr eigenes Haus, was, Lucy? Schön. Dann braucht sie wohl die Möbel; na, die kann sie auch kriegen, denn ich werde das ganze Anwesen verkaufen. Und damit war die Geschichte abgemacht.

In den zwei Monaten bis Michaelis hatte ich wohl, glaube ich, meine Mutter nicht zweimal gesehen (einmal wachte ich ungefähr um zwei Uhr morgens auf und sah sie über meinem Bett schlafen). Am Morgen des Michaelistages kommt Eliza zu mir und sagt: Robert, heute Abend um sechs kommen sie und holen uns.

Na, da dies der letzte Tag war, so ging ich auf den Hof und suchte die beste Gans aus, die ich finden konnte — mir dünkt, so was Jäger und Hertha habe ich nie wieder gegessen — und ließ sie braten und zu drei Uhr aufzutragen, mit einem guten Pudding hinterher und einer ganz süssen Bonne Buns.

Also auf einer Wohl, Mädels, und auf dein Wohl, Mama, ich wünsche euch allen dreien viel Glück. Gegeßen habe ich ja nichts; was; da hoffe ich, ihr werdet doch gegen ein Glas Punch nichts einzutun haben. Weißt du, Mama, er ist von dem guten alten Rum, den dieser Waters vor Süßsachen Jahren meinem Vater schickte.

Es wurde sechs. Mit dem Klopfenschlag fuhr ein schwäbischer Landauer vor, und — hol mich der Ruck — auf dem Sock sitzt Kapitän Waters. Der Wagen gehörte nämlich ihm. Der alte Spitzbube, der Bates, springt heraus, geht in mein Haus und ist, bevor ich Jack Robinson sagen kann, mit meiner Mama am Landauer. Die Mädels geben mir ganz flüchtig die Hand und folgen ihm. Mama steigt ein. Mama Waters, die drin sitzt, schlingt ihre Arme um sie und dann um die Mädchen.

Der Doktor, der den Katai spielte, sprang auf den Sock, und damit fuhr sie los. Um mich kümmerten sie sich überhaupt nicht, wie wenn ich gar nicht dagewesen wäre.

Man stellte sich das Bild vor: Mama und Mary Waters sitzen im Wagen und klatschen einander; meine beiden Schwestern sitzen auf dem Rückspiegel; Waters fährt (und zwar großartig schlecht); und ich stehe an der Gartentür und pfeife. Die dumme alte Trine, die Mary Malvern, sieht hinter der Gartentür und heult.

Am nächsten Tag fuhr auch sie mit den Mädels ab. Mir aber stand ein anderes nettes Abenteuer bevor.

(Fortsetzung folgt.)

Die Larve der Libelle.

Von Konrad Zoële.

Dann und wann hat jeder Mensch Zeit. Nach dem Mittagessen, am Sonntagvormittag, nach einer Krankheit, wenn man am Fenster steht und die gegenüberliegende Hauswand betrachtet.

Es gibt Steinböcher, Steininstrumente, Dämmererschuppen, Uhren, die sitzen allein Salat spielen, und alles dies ist nötig. Aber es gibt auch die Natur, und tatsächlich ist das Material hochbeliebt. Ammerhain sind die Schnaken örtlich, übrigens nur die weiblichen, die Männer begnügen sich mit ätherischen Dämpfen um die Gipfel der Bäume.

Kann man aber immer, wie man möchte? Gewöhnlich regnet es, oder die Sonne steht besorgniserregend, gerade, wenn man sich am Busen der Natur erlaubt will. Diesen offensuren Mängeln des Daseins gehen die Empfindsamen mit Blumentopfen voll exotischer Gewächse, Kanarienvögeln, Langmausen und Goldfischen oder gar lediglich gebrauchten Zahnläppchen an Seite. Das Aquarium steht in unleidbarem Ansehen, es kostet nicht viel, nimmt wenig Platz ein und macht keinen Raum. Der Goldfisch schnappt, ohne weiter Aufhebens davon zu machen, mit seinem posturlichen Maulchen die getrockneten Wasserflöhe, die man in Blechbüchsen um ein paar Groschen kaufst; aber er tut es in gleicher Weise heute, morgen und im nächsten Jahre auch noch. Das ist nicht das Wahre. Das einzige Richtige für Kinder, Freunde und die davorwiegenden Menschenalter, die den Mut zur Geschäftlichkeit aufbringen, ist die Larve der Libelle. Warum? Sie frisst nur Lebendiges, in der Not auch Fliegen, sofern diese jappeln, aber man sollte ihr aus gewichtigen Gründen diese gemeine Fosse ersparen.

Was ist das für ein Vieh, für das hier Nellie gemacht wird? fragen sicherlich mindestens drei Prozent der Leser. Ein häßliches, stupides, hinterlistiges; so ein ekelhafter Wurm!

Wo lebt es? In allen grünscheinigen, stinkenden oder geruchlosen, mildenerzeugenden Gräben, Tümpeln und Teichen.

„So ein Schwein. Wie verschafft man es sich aber, wenn man es nur einmal haben will?“ Das Unternehmen erfordert Vorbereitung. Ein Glashähnchen findet sich meist, 20 × 20 × 15 Centimeter genügt völlig, sorgfältig Hausfrauen pflegten in den ersten Kriegsjahren hier einzulegen, jetzt aber stehen sie leer in einem Winkel. Ein Schmetterlingsgehäuse ist auch keine Rarität, im Notfall tut es auch ein altes, größeres Althausgehäuse. Dazu noch ein Blechnapf oder so etwas, das ist alles. Das Glashähnchen, den kleinen Zwinger für das Ungeheuer, füllt man mit Wasser, damit es abstehlt, das Netz und den Napf steht man in die Tasche und dann bringt man sich an den Takt, also an den oben genannten Tümpel oder Teich. Ein paar kleine Schwertungen mit dem Netz durch das schummige Wasser, an den Wasserpflanzen hin, man filzt das Netz um und hat die Beute. Das große Gewirr von allerlei Grünzeug wandert in den Tümpel zurück, begleitet die größeren Schnaken bis auf zwei, die man in den mit Wasser gefüllten Napf wirft.

Wo kommen überhaupt die vielen Schnecken her? Man fängt sich bereits an zu wundern. Wahrheiterlich finden wir im Netz auch eine Art Altwörterliche aus Zweigblättern, Stielchen oder Schnedenstückchen tierisch zusammengesetzte Gebilde, die ganz harmlos und tot an sein scheinen. Sintern mit ihnen in den Napf, es sind die Häuser der Libellenlarven.

Phoo! Teufel! Was krümmt sich da im Grunde des Netzes zwischen unterschiedlichem Gefürbel? Vier Centimeter lang, bräunlich, mit sechs langen Beinen, die fast am Kopfe stehen, schwankt es erstaunt seiner wurstartigen Unterleib hin und her. Man ahnt Bob. Das ist sie, Aescha nennt sie die Lehrerin, wir sagen ganz einfach Wasserfliegenlarve zu ihr und wollen sie mit allem Schlamm, Gewürm und Unrat in den Napf. Gewissenhafte Forscher wiederholen die Prozedur noch ein paarmal, vergessen auch nicht, unbedenken noch einige handvoll Schlamm und drei oder vier Zweige eines Wasserstrunks, der Wasserpest oder des Hornkrauts, in das Fanggesicht zusperren.

Nun beginnt man sich so schnell wie möglich nach Bobe, gleich die schwere Prise in das Aquarium, bindet die Pflanzenzweige unten mit einem Stück Draht zusammen, der sie am Boden verankert, und stellt noch einen oder zwei ebenfalls unten beschwerte Holzstäbe hin, die über das Wasser hinausstechen müssen.

Noch einige Stunden ist eine völlige Klärung eingetreten, und unsre Anlage sieht von weltem lieblich aus wie ein Idyll. Bei näherem Zusehen sind wir doch erstaunt. Da haben wir den Sturm im Wassersturm. Soviel Ungeziefer gibt es ja gar nicht. Wenigstens 1000 Wasserflöhe hopfen begeistert auf und ab, eben soviel Bläuferschlingen, leicht kennlich an den beiden Enden, die sie als besorgte Mütter rechts und links am Hinterleib mit sich führen, schnellen sich hin und her, unzählige kleine runde Muschelkrebschen bewegen sich geradlinig wie Radfahrer durch das Wasser. Durchsichtige Würmchen schlängeln sich, Wückenlarven hüpfen, diese wie Milben strudeln

einzig mit ihren acht Beinchen, elegante kleine Wasserwanzen und gesiedelte und gesetzte Käfer befreien sich, ihren König kennen zu lernen. Vor aller Bewegung übersehen wir zuerst ein glasartig durchsichtiges, centimeterlanges Geschöpf, das wogreit wie ein kleiner Fisch im Wasser steht, eine wahrhaftige Wasserwage, die durch zwei Quasten, die sie vorn und hinten in sich hat, in ihrer Lage gehalten wird. Das ist die Larve der Bläuferschlinge. Die Bläuferschlingelarven sind lebendig geworden und schleppen ihre Last über den schwarzen Bodenweg hin, in dem es von grauen Wasseraasen wimmelt. Die Schnecken gleiten majestätisch wie Schiffe an den Glaskründlern, die vorläufig verdeckt mit ihren Nebenlungen bleichen. Ebenmuskeln zeigen ihre Pumpstation, das ist ihr quellbarer Fuß, in Betrieb.

Wir sehen völlig ein, daß wir unsre Libellenlarve gar nicht gebraucht hätten, es ist auch so ihr Unterhaltung gefordert. Sie sitzt ganz in sich gelehrt topfartig an dem ins Aquarium gestellten Holzstab und ruht sich. Mit den Hinterbeinen den beweglichen, dicken Kopf, mit den Hinterbeinen den Hinterleib, den sie dazu wunderlich stimmt. Auf dem Rücken trägt sie bereits ein Paar ganz häßliche Filzglocken; sie ist überhaupt nicht so häßlich, wie wir glaubten. Plötzlich geschieht eine Umtat. Eine harmlose Eintagsfliegenlarve ist, mit ihren sieben Paaren am Hinterleib, schwebend, in einiger Entfernung an ihr vorüber. Die Libellenlarve schlägt sozusagen, holt den Kopf ein wenig, und auf einmal zappelt das Opfer am Mantel des Schausals und wird unter hörende Knirschchen wie ein großes Butterbrot verzehrt. Das muß man gesehen haben! Sie hat einen Fangapparat, eine ungesehene, einschlagbare Unterlippe mit zwei Fangen vorn daran, und sie holt sich ihrer wie das Chamäleon seiner Jungs. Am ganzen Auftreten erstaunt das Tier an das Chamäleon, aber es ist noch unterhaltsamer. Es sitzt zwar gerade so ruhig Kundenlang an seinem Stiel, aber nur hören wir es, wir fühlen es ein wenig mit einem Streichholz. Es rennt eifrig am Stiel nach unten; noch eine Ausmunterung, und es schwimmt ruhig davon, indem es das Kremmern aus seinem Gehäuse ausschlägt. Der Gehäuse dient nämlich gleichzeitig als Rumpf und Rückenschwanz. Aber es beruhigt sich schnell und nimmt wieder eine Lauerstellung ein. Schnapp! Eine Wassermilbe. Über sie schlägt unterliebend sie zu ihrem Liebling nicht zu schmecken, sie wird ärgerlich weggeworfen. Schnapp! Es war auf einen Ast abgedröhnt, aber an dessen Panzer gleiten die Fangen ab. Ein Würmchen ist ein einziger Biß. Eine Würmchenlarve erfordert wenig Zeit, eine Wasserwanze macht einige Minuten, aber sie verschwindet gleichsam. Deshalb leidet der Räuber genseitig mit seiner Unterlippe über Rauh, wie wenn sich ein Feldwebel mit der Hand den Schnauzbart wüscht. Wenn es so weiter geht, wird von dem Wurm nicht viel übrigbleiben. Und es geht so weiter. Die Verdauung ist gut, und die Ablage des Sores sehr energisch. Da sitzt dieser Gemütswurm knapp unter dem Wasserspiegel, sein mit drei langen, spindelförmigen vierziger Alter schwimmt gerade in die Luft, es röhrt vernehmlich aus dem Darm, plötzlich ein halbmeterhoher Strudel und der Kostallen steht an der Festscherbe oder amuge des Abwesenden Beobachters.

Naßlich wohnt das Tier bei der guten Zeit, aber das ist nicht so einsichtig. Der Chitinpanzer wird zu eng, die Larve ist verlassen da, und schließlich platzt die Haut im Nacken, und gemächlich schlüpft das Tier aus seiner alten Haut. Dieses Schauspiel, das sich alle drei bis vier Wochen wiederholt, ist allein viel Geld wert, hier kommt man klar ins Walten der Natur. Und eines Tages steigt das Vieh auf dem Stiel hoch aus dem Wasser, häutet sich noch einmal und fliegt dann fröhlich als Libelle davon. Darauf kann man, sofern man es nicht schon früher getan hat, den ganzen Salat in den Abzug schütten.

Warum überhaupt solche Aufsehen? Weltorschichtenschädel haben wir nicht gesehen. Aber wir haben Spaz gehabt und eine Menge gelernt. Unsre Larve ist gefährlich, wir müssen ihr deshalb aller Tag einen neuen Fang Kleingesang aus dem Sumpf holen. Deshalb sind wir so gern gekleidet, wir müssen sie gefangen haben, der Blick schaut sich, wie er freuen wird am Leben, ohne an die Übersättigung Menschheit dabei zu denken, wie machen Endredungen, die uns billig in Erstaunen setzen. Schließlich laufen wir uns eine Eule, die nicht von Gott zu sein braucht, und opfern ohne Zögern eine alte Fahnenfläche, wenn die Wände des Glases allzu sehr mit Algenwuchs begrünen. Jedes Tierchen hat ein Plätzchen für den, der es beschlägt.

Das Namensschild im Grassmuseum ist imposanter, und bestens Paradiessögel bestehen das Auge mehr, die Löwen im Zoologischen Garten machen mehr Geschrei von sich, aber die Libellenlarve ist auch nicht ohne. Freilich, das Drum und Dran ist die Hauptfalle. Der Blick in einen Sumpf, der dann gehört; deshalb soll man ihr auch ohne Fliegen fliegen. Gar an eine Adel gespielt, wäre sie keinen Hosenkopf wert.

Kleine Chronik.

Neues Theater (Die verlauste Braut). Man könnte diese reichlich breite Liebesgeschichte trotz etwas zusammenziehen und dadurch dem Reiz der Musik Smetanas nur um so mehr zu seinem Rechte verhelfen. Szene drei besteht vorzüglich aus einer geschwungenen Gesangsarie, der Blick schaut sich, wie er erfreut wird am Leben, ohne an die Übersättigung Menschheit dabei zu denken. Deutsche Naturwissenschaftliche Gesellschaft, Rosentalallee, Rosenthalgasse, Freitag, abends 8 Uhr, Vortrag von Professor Frey über die Uhr, mit Vorführungen. Gäste willkommen.

Eingelaufene Schriften.

Dr. Bruno Nanecker, Die Erweiterung der Sozialpolitik. Verlag Duncker u. Humblot, München. Preis 1.20 M.

Dr. Adolf Günther, Deutsche und französische Sozialpolitik. Verlag Duncker u. Humblot. Preis 2.80 M.

Fackel der Freiheit aus dunkler Zeit. Revolutionäre Dichtungen. Ver

Aus der Umgebung Leipzigs.

Paunsdorf. Gemeinderatsbildung. Der Verfassungsausschuss soll über den Beitrag zum Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden beraten und den gefassten Beschluss zur Ausführung bringen. Rübenmehl darf in Zukunft als Streichungsmitel beim Brotsacken nicht mehr Verwendung finden. Die vorliegenden Breitlingschen Bauanlagen werden der Amtshauptmannschaft zur Genehmigung eingereicht werden. Kostenvorschläge des Staates zu Kleinwohnungsbauten werden noch wie gewünscht. Vom 1. Juli 1919 an beträgt der Gaspreis für 1 Kubikmeter 10 Pf., für Straßenbeleuchtung und Wasserwerkszwecke dagegen 20 Pf. Der Gartenverein "Freiland" beabsichtigt als Verein das Land am Wasserturn zu pachten. Der Gemeinderat will für 1 Quadratmeter 8% Pf. Pacht fordern. Der Wasserverbrauch soll nach Wassermesser bezahlt werden. Die Gemeinde Paunsdorf wird ins Leipziger Adressbuch aufgenommen werden. Eine Revolutionärer Gemeindekassen hat zu Einwendungen keinen Ansatz gegeben. Steuererleichterungen werden in weitergehender Weise berücksichtigt werden. Die Einkommen bis 1100 M. bleiben nicht nur von der Staatseinkommensteuer, sondern auch von der Gemeindesteuer befreit.

Budelhausen. Gemeinderatsbericht. Die Abrechnung der Volksschule, welche mit einer Einnahme von 11.008,76 M. und einer Ausgabe von 11.229,88 M. einen Überschuss von 279,42 M. ergab, wird sich äußern. Noch vorhandene Sachen sollen in der Filiale des Konsumvereins verkauft werden. Alles Inventar soll Montag, den 14. Juli, mittags, meistbietend versteigert werden. Der Wohnungsausschuss hat gut gearbeitet, insbesondere war es möglich, von Zwangsdienstquartierungen absiezen zu können. Genosse Rosenblender gibt den Bericht von Dresden, nach dem es möglich ist, unter gewissen Bedingungen den Staatszuschuß zum Bauen zu erlangen. Auch ist die Pausdorfer Angelegenheit nunmehr an fünfte Stelle gerückt. Herr Rosenblender stellt noch folgenden Antrag: Der Gemeinderat wolle beschließen, Flachbauten in eigener Regie zu errichten und die sich hierzu nötig machenden Vorarbeiten dem Bauausschuss zu übertragen. Es erfolgt einstimmige Annahme. Einem 75 prozentigen Aufschlag zur Schornsteinförderung wird zugestimmt. Betriebs der Einverleibung gibt der Vorstand bekannt, daß der Rat der Stadt Leipzig dem Plan wohl geneigt ist mit der Maßgabe, ob die Amtshauptmannschaft ihr oder gegen den Plan ist. Es wird hierzu eine Kommission gebildet, der die Herren Seeger, Höch, Schüller, Rosenblender und Röber angehören. Die Erhöhung des Gaspreises auf 45 Pf. für einen Kubikmeter wird abgelehnt mit der Begründung, daß die Leitungsgesellschaft auch nur 40 Pf. berechnet. Die Gustavsfeststifter soll in den einzelnen Bestimmungen von 1 bis 5 verdoppelt, von 6 bis 7 bei den alten Söhnen bestehen bleiben. Der Schuhmann Bieräugel soll 50 M. und der Expedient Scholz 25 M. monatlichen Zeuerungszuschlag erhalten. Es wird ferner beschlossen, Stechuhrn zu beschaffen und einen Ölflüssigkeitszähler anzufügen. Im Verschiedenen wird das Gesuch des Herrn Weise auf Entschädigung des Platzes zum Neben der Feuerwehr abgelehnt. Die 450 Rentner Brieftaschen sollen zum Selbstkostenpreis, Rentner 6,50 M., abgegeben und der Bruch billiger verkaufen werden. Einem Vorschlag betreffs eines Vertrags über Einverleibung durch Herren Ruge wird stattgegeben. Es folgte dann eine nichtöffentliche Sitzung.

Döhl-Markleeberg. In der von uns seinerzeit berichteten Gouvernierung durch die Firma Sinsel & Co. erhalten wir vom Inhaber der Firma, Herrn Arno Bries, folgende Zuschrift: Es handelt sich darum, für die Gehilfschaft des graphischen Unternehmens Sinsel & Co. sowohl alte als auch neue Beamte, mit einem direkt an der Fabrik befindlichen Gärtchen kostenlos zu beobachten. Da es nun eine Ungerechtigkeit gewesen wäre, willkürlich die benötigten jährlichen Gärten zu kündigen, ließ sich Herr Bries von dem Gebanken leiten, allen die Aufkündigung zutreffend werden zu lassen, um durch das Vor-

zu entscheiden, falls sich nicht der eine oder andere freiwillig mit der Abteilung des Gärtchens einverstanden erklärt, im Hinblick auf den bedachtigen guten Zweck, um so mehr, als verschiedene der Bäume an ihrer Wohnung bereits Gärten besitzen. Sollte der eine oder andere bedürftige Befürer erheblichen Wert auf die Ernte des Gartens legen, so kann er in dieser Hinsicht meine Entgegenkommen versichert sein.

Leutzsch. Oeffentliche Einwohnerversammlung. Die Revolution vom 9. November 1918 hat auch die Tätigkeit der Gemeindererbreitungen wesentlich verändert. Die Wirtschaft, Abregungen und Bedürfnisse der Arbeiterschaft, die die Mehrheit der Einwohner stellte, wurden von der früheren Klassenvertretung der Haus- und Grundbesitzer, einfach abgelehnt. Die Fraktion der U. S. P. in den hiesigen Gemeinderat hält es für ihre Pflicht, in steter Führung mit der Einwohnerchaft zu bleiben und Anregungen, Wünsche und Beschwerden entgegenzunehmen und wenn irgend möglich, Hilfe zu schaffen. Zu diesem Zweck findet Freitag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, im Alten Rathaus eine öffentliche Einwohnerversammlung statt, in welcher die Fraktion wieder über ihre Tätigkeit im Gemeinderat Bericht erstatten wird. An der Einwohnerversammlung liegt es, diese Versammlung so zahlreich wie möglich zu besuchen.

Leutzsch. Oeffentliche Versammlung. In der von der hiesigen Lehrerschaft veranstalteten Versammlung, die als Elternabend aufzufassen war, sprach Lehrer Hüper über das Thema: "Die wettliche Schule und der Religionsunterricht." Nach ausgedehnter, oft recht lebhafter Diskussion, an der sich die Ortsgeistlichen beteiligten, wurde die folgende Entscheidung von den 250 Anwesenden gegen 2 Stimmen angenommen: "Wir sehen in der Volksschule eine selbständige Veranstaltung des Staates, die in seiner Abhängigkeit von der Kirche gehalten werden darf. Deswegen lehnen wir jede Verbindung der Kirche mit der Schule und jede Aussicht der Geistlichen und jeden Religionsunterricht in der Schule ab. Die Schule steht im Dienste des Staates und hat als oberste Aufgabe die spirituelle Erziehung zu fördern. Sie muss deshalb auf jede Beeinflussung der Jugend im Sinne eines bestimmten verziehen und völlig zur weltlichen Schule ausgestaltet werden."

Zwenkau. Ein Streikbrecher. Wir bitten die organisierte Arbeiterschaft von Zwenkau von dem Fensterputzer Paul Höhmann, welcher jetzt erst von Cultha nach Zwenkau zugezogen ist, wohnhaft Ritterstr. 5, gefälligst Kenntnis nehmen zu wollen. Selbiger hat bei jeder Wohnbewegung der Fensterputzer gewöhnlich den Streikbrecher gemacht und in der letzten Bewegung bei der Firma Böhme & Hoffmann, Leipzig, Gewandhausstrasse 8, auch wieder als Streikbrecher gearbeitet.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Sektion der Fensterputzer.

Glauchau. Gemeinderat. Es wird berichtet von der Besetzung der Wiederholung des Gemeindevorstandes. Das Gemeindepark wird Donnerstag, Freitag und Sonnabend geöffnet. Der Ernährungsausschuss hat beim Gütesicherer Bauer unausgedroschene Getreide beschlagnahmt und veranlaßt, daß das Getreide ausgetragen wird, der Ertrag ist abgeliefert worden. Ebenso ist noch ein Bestand von 80 Rentnern Kartoffeln aufgenommen worden. Die Amtshauptmannschaft soll erneut werden, den Bestand der Gemeinde zu überlassen. In unserer Gemeinde macht sich die Kohlennot besonders bemerkbar, trotz großer Bemühungen sind keine Kohlen für den Winter zu erlangen. Das langjährige Projekt, einen Weg durch den Wald nach den westlichen Vororten Böhlitz-Ehrenberg und Leutzsch anzulegen, kann jetzt, nachdem der Rat der Stadt Leipzig Genehmigung erteilt hat, durchgeführt werden. Betreiber des Brückenbaues hat die wasseramtliche Genehmigung noch zu erlangen. Der Bauausschuss ist mit den Vorarbeiten beauftragt. Die Mittel hierzu sind im Haushaltplan vorgesehen. Der Schuhmann hat sein Entlassungsgesuch eingereicht. Es wird beschlossen, die Stelle sofort auszufüllen. Über die Oeffentlichkeit der Gemeinderatssitzungen wird ein offizieller Beschluss herbeigeführt. Es wird beschlossen, bei der Amtshauptmannschaft gegen die weitere Verwendung von Rübemehl zum Brotsacken Protest einzulegen, ebenso gegen die Zuweisung des wässrigen Büchsenfleisches.

Sonderverteilung von Auslandssleisch an Schwerkriegsbeschädigte.

Die Schwerkriegsbeschädigten — das sind die, die 50% und mehr Rente beziehen — erhalten eine 410-Gramm-Dose Auslandsschlachtfleisch zum Preise von 8.— M. das Stück zugeteilt.

Die Ausgabe erfolgt:

Dienstag, den 15. Juli, vormittags 9—12 Uhr in Schanaustr. 11, Schlachthof, Altenburger Straße, gegenüber der Scharnhorststraße — Straßenbahnhaltestelle der Kronprinzstraße der Linie B —

Mittwoch, den 16. Juli, nachmittags 3—5 Uhr Leipzig-Völkersdorf, Konradstraße 89 (4. Platzzwischen),

Donnerstag, den 17. Juli, nachmittags 3—5 Uhr Leipzig-Bindewitz, Döckstraße 2 (Städtische Erziehungs- und Pflegeanstalt),

Freitag, den 18. Juli, nachmittags 3—5 Uhr Johanniskirchplatz 11 (Städtische Freibank I).

Bei der Entnahme sind vorzulegen:

1. die Haushalturkarte des Haushalts, dem der Bezugsberechtigte angehört,

2. der lezte gültige Rentenausweis und

3. ein ärztlicheszeugnis, in dem bescheinigt ist, daß die Suisahernährung mit Rücksicht auf die Kriegsbeschädigung aus gesundheitlichen Gründen dringend benötigt wird. Dieses Zeugnis muß auf Grund einer Anordnung des Landesbehördenministeriums bei allen Nahrungsmitteleinzelhandelsbetrieben erlangt werden. (Vgl. unsere Bekanntmachung vom 14. Juni 1919.)

Leipzig, am 9. Juli 1919.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Fleischausgabe und Fleisch-anmeldung.

Verteilt werden am 12. Juli auf die Fleischmarken a) U 1—10 (Erwachsene) 150 Gramm Fleisch mit Knochen b) U 1—5 (Kinder) 75

Zur Verteilung gelangt frisches und gesäuertes Rindfleisch. Das Pfund kostet 8 M., 150 Gramm 90 Pf., 75 Gramm 45 Pf.

An den Fleischereigeschäften mit Ausweisnummern 851 bis 888 werden für Erwachsene 100 Gramm Fleisch und 50 Gramm Wurst ausgegeben. Die Wurst kostet 2,80 M. das Pfund, 50 Gramm 28 Pf.

Als Ertrag für die ausfallende Fleischmenge von 90 Gramm bzw. 15 Gramm ist die entsprechende Menge Nährmittel (Graupen) bereit-ausgegeben worden und zwar für die seltener angemeldeten und mit 180 Gramm vollbeladenen Fleischmarken R.

Abzugeben sind bis Donnerstag, den 17. Juli, die Fleischmarken W 1—8 bzw. W 1—4. Einzelne Fleischmarken werden mit 15 Gramm bewertet.

Die Fleischmarken 9 und 10 für Erwachsene und 5 für Kinder sind gut aufzubewahren. Über deren Abgabe zur Fleischerschließung erfolgt noch besondere Bekanntmachung.

Leipzig, am 10. Juli 1919.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Achtung! Willeles

früher Rauhländer Steinweg 14
scheint nicht nur, sondern zählt
eben hohen Preis, den Sie
wünschen, f. Gold, Silber, Mili.
Mittel, M.-Hosen, Bettdecken,
Gardinen, Möbel, ganze Wirs-
schaften usw.

Borringstr. 12, Tel. 18150
am Fleischerschlag.

•

Schlemmkreide

E. H. F. Leim, bezugscheinfr.,
ohne vorzulegen, auch F. Loh-
farbo, auf Dörfel zu ver-
wenden, Deckenbürsten,
Pinsel, Farben, Firnis,
Lacke, Alaua, Dockwells,
Eisenlack empfiehlt 1.—

Fest, Rödelstr. 12.

5000 Militär-Decken

verkauft

Evan Simons, Krimmelschan
Wolgroschandlung.

Vertreter: Emil Ullrich,
Neuschönfeld, Lorenzstraße 7.

Muster-zum Preise von 25 M.
dasselbst zu haben.

•

Haut-, Geschlechts-

u. Harnleid., v. nerv. Schwäche,
bch. Dr. med. Dert, nicht approb.,
Mitglied naturwiss. Gesell.
Leipzig, Kurfürstengasse 5,
Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr.

•

Bebel am Schreibtisch

Kunstblatt

Bildgröße 80/40 cm

Farbgröße 60/80 cm

Preis 3,50 M.

mit Verpack. u. Porto 4,25 M.

Leipziger Buchdruckerei A. G.

Abteilung Buchhandlung

Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.

Postcheckkonto Nr. 5347.

Die Fleischmarken 9 und 10 für Erwachsene

und 5 für Kinder sind gut aufzubewahren. Über

denen Abgabe zur Fleischerschließung erfolgt noch

besondere Bekanntmachung.

Leipzig, am 10. Juli 1919.

Der Rat der Stadt Leipzig.

Markranstädt.

Die Ausgabe der neuen Fleischausweisarten erfolgt

straßenweise am

Freitag, den 11. Juli 1919

von vormittags 1/2 bis nachmittags 1/8 Uhr in den Aus-

gabestellen.

I. Bezirk: Turnhalle des Allgemein-Turnvereins, Eingang

vom alten Park,

II. Bezirk: Turnhalle des Turnvereins gegr. 1861, Pariserstraße,

III. Bezirk: Volksschule.

Die Ausgabe erfolgt nur gegen Vorlegung der örtlichen

Fleischausweisarten und nur an diesem Tage.

Markranstädt, am 9. Juli 1919.

Der Stadtrat.

Nachlaß-Besteigerung.

Freitag, vorm. 10 Uhr gelangen Albertheit, 42 versch.

Möbel, Küchen- und Wirtschaftsgegenstände, Handwagen

zur freiwilligen Besteigerung.

Emil Müller, Besteigerer u. Abschäper, Kalharinenstr. 21, III.

Als Salonpianist:

Hans Gebert: Petersstraße 28, Hof IV.

Der Verein der erwerbstreibenden Blinden

für Leipzig und Umgegend

empfiehlt dem geehrten Publikum als Klavierstimme:

Otto Dittmar, Schleusiger Weg 1 B.;

Hans Gebert, Petersstraße 28, Hof IV.;

Max Laux, Lützowstraße 24, I.;

Fritz Leichsenring, Jablonowskistraße 3;

Otto Leuthold, Mölkauer Straße 16;

Gustav Schröter, Zwetonendorfer Str. 44, II.;

Konrad Zentler, Johanniskirche 10, III.;

Heinrich Reinicke, Brandvorwerkstr. 37.

Als Salonorchester:

Hans Gebert: Petersstraße 28, Hof IV.

Robert Hellmann

Matthilskirchhof 29 Fons

Sleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Versicherungs-Bureau in Leipzig sucht für Lebens-, Unfall-, Haftpflicht- und Feuer-Versicherung solide freibame **Mitarbeiter**. Nach kurzer Einarbeitung kann vertraglich Einstellung als Aufzähldienstbeamter erfolgen. Einarbeitung durch Fachleute. Offerten unter R. 20 an die Expedition dieses Blattes.

Flotte Stenotypistin

wird für unser Bureau sofort gesucht.

Zentralverband der Handlungsgehilfen, Zeitzer Straße 34, part.

Nur schriftliche Bewerbungen werden berücksichtigt.

10 Mk. pro Tag und mehr

verdienen Sie vielleicht leicht beim Verkauf unseres glänzend bewährten Haushaltartikels direkt an Private, Verwandte und Freunde. Der Artikel kostet M. 17,50 und wird mit M. 22,50 verkauft. Für das 1. Stück ist daher ein Betrag von M. 17,50 erforderlich. Zu melden Freitag und Sonnabend früh von 9-12 Uhr Lindenau, Josephstr. 17, Hofgeb.

Wagenlackierer
suchen
Frankfurter Karosseriewerke,
Frankfurt a. M.,
Reichsstraße 59.

Für eine mittl. Modellfacherei Thüringens werden für 1. Aug. 2-tägige, erfahrene, selbständige arbeitende, mögl. verheiratete

Modellfacharbeiter
gesucht. Die Stellungen sind angenehm und dauernd. Off. u. G. 17 an die Exp. d. Bl. *

Perfekte

Schnitt- und Stanzenbauer

auf komplizierte Führungen u. Blocknähte sofort einen Reiche & Weßlog, Oberstr. 7b.

Zu melden b. Arbeitsnachweis f. d.

Metallindustrie o. b. Firma selbst.

Tücht. Elektromonteur

etw. lebt Arb. u. zuverl. für fl. Unternehm. evtl. Beteiligung. Genaues Angebot m. Anspr. u. d. Tätigk. u. W. 21 Exp. d. Bl.

Wasch- & Schlosser sind, schmiedl. gründl. Ausb. a. techn. Rechn. b. m. hon. u. Eng.-Ausfließ. Off. u. G. 201 a. Bl. Reiherstr. 82.

Sträßt. Arbeitsbürostr. w. Oststr. Schul. verl. hat. ges. Braustr. 14.

Sie verdienen

75-100 Mk. pro Woche durch unsere Bedarfssortikel. * Lind, Galviniusstr. 28, Laden r.

Geübte Kleberinnen für Flach- und Bodenbeutel ist. dauernde Heimarbeit such.

Albin Bergmann & Co.,

Leipzigerstr. 8.

Waschfrau u. w. 2-8 Tg. gef. Kuentauer str. 20 b. Springer.

Offizi. Auswart. f. Sonnabend vorm. u. tägl. 1 Std. u. älterer, ticht. Schuljunge f. vorm. gef. Co., Wallenhausstr. 12, III. Ifs.

Ausw. ges. Torgauer Str. 4, I.

Jah. Oberstr. 1. 8 in 1. Dienst ges. auf. Dame. Voll- & Halbw. bevor. wird. dan. Heim geb. u. mütt. Obhut. Nd. Tiefe St. 1, 8.

Bekläuse

Amerik. Schweine-Schmalz,

schneeweiss, P. 18, A. 5. 5 P. 17,50 N. Süßplat. 8, I. Rinf.

Ia. Speise - Wicken,

Restquantum 150 Pfund, auch

weniger, 1,50 A. p. P. gibt ab.

Off. u. T. Reichenh. Str. 82, Laden.

Zigaretten gut und billig.

Weisenfeld. Str. 66, IV. Schmid

Rauchtabak ohne Erfas. u.

eine neue Broschneidenmaschine

hat abgezogen. Schönfelde, Möckern, Altkönigstraße 10, II.

Wichtig für Zigarren-Händler!

Bringe mein reichhalt. Pfaffen-

Lager in beste Erinnerung von

einfach. bis best. Ausführung.

Post. genügt. L. Holmann,

L-Vollm. Hildegaristr. 44.

Tapeten-

Reste billig. Nach Kleister

Buntglasplastier

Körner, Eisenstraße 54

Ede Störmersstraße.

Hausierer!! Möbelpolitur!

25 Flaschen 25 Mk. gegen

Voreinfach. Nach. 25 50 M.

Versandhaus, "Edeka"

Halle a. S., Bülowstr. 5. *

Sehr moderne Ladenmöbelrichtg. großes Besteck u. große Laden-

tisch, alles mit weißen Mar-

morpunkten preiswert zu ver-

Torgauer Strasse 25.

Ja-Led.-Mil.-Langschaftstiefel,

neu, 27 6. Dutzendstr. 16, I. r.

Militärschuhe, 31,5, Bettvorhang.

(Kan. u. H. Wohlstr. 1, 8-r)

Mil.-Reitstiefel für 60 M. z. pl.

Schone, Leipzig, St. 120, II. M.

1 Paar Mil.-Stiefel, neu, Nr. 20

1 1/2 Mil.-Schuhsch.

bill. Neust. Meißnerstr. 15, III. r.

Eleg. schw. H. Radisch, Schirm,

a. Romanisch, D. Trift, Gu.

Wölle, Klisch, Windorf, St. 7, II. I.

D. Radisch, 89, als Hause-

schuhe p. prsw. Ede Oswald.

u. Wilhelmstr. Kolonialm. Ob.

u. Dam.-Schuhsch., 89, 4,

50 M. Vogt. Oststrasse 28, pt.

1 P. weiße Lederschuhe billig.

G. Panitzstr. 1, II. r. Günther.

Herren - Garderobe

noch in großer Auswahl.

Herren- u. Knaben-Anzüge,

Überzieher und Ulster,

Pelerinen und Joppen

stechen durch gänzigen

Geschenktheit,

zum Verkauf.

Frack- und Gesellschafts-

anzüge werden audi preis-

wert verliehen. *

J. Kindermann

Neumarkt 1, I. I.

Guterh. schw. Gebrodanzug,

Sorb., Wandh., Wäschelehr.

Schl., m. Sp. Mittelstr. 30, II.

Smokinganz., hellgr. Jackett-

anzug, Culaway u. Weste, Gr.

1,68. Löhne, Coloredostr. 7, II. *

Schw. Gehrodanzug, m. Fig.

zu verl. Ludwigstr. 185, pt. M.

Neu. Herr. - Jackettanzug, grau-

bill. vrf. Seignerstr. 85, III. r.

Mod. Jackettanzug, wie neu,

preisw. Brodhausstr. 47, III. r.

Mil.-Entl.-Anzug, neu, 180 M.

2 P. n. Mil.-Schu., 28, 6 x 55, 4.

Pfeil.-Spiegel m. Marmpl., Ros-

tof. vrf. Blag., Virensr. 32, I. r.

Marineanzug, Gummimantel.

Görling, Wittenberger Str. 61

Marine-Eig.-Anz., schw. Tuch

b. a. D. Demmeingr. 41, II. I.

2 gute Marine-Drill.-Anzüge,

sof. Leinen, 1 Bauerntagsanz.

sof. bill. Richterstr. 19, II. II. r.

Schw. Gebrod. ob. Hose, Sch.

Schmidl.-Hochl.-Str. 2, II. Otto.

Neue gr. Mil.-Hose, Nr. 1, 65

1 B. n. Mil.-Stiel., 29, 6. 65, 4.

Neund., Brummestr. 8, IV. M.

Waganzug, bill. schw. Hose, Weste,

Dam.-Matrosenbl., Sporthose,

Widgamm, H.-Hemb., Reises-

tritt. u. Bl. Davidstr. 8, I. r.

Fr. Edg. Herr. - Jackett m. Weste

f. 80 M., 2 Fahrradmäntel u.

Übersch., gebr. f. 100 M. u. verl.

Polst., Elsabothstr. 18, II. M.

Blumen, Mantel, Schwürschuhe,

Bergschuhe, alle neu, z. verl.

nur Freitag 10-12 Uhr. Görlis.

Plumstrasse 1, III. Lennigh.

Mil.-Bluse, grün, gr. Fig., 1 P.

Schwürsch. 27/4, 1 Schlosser,

bl. all. neu. Eisenbahnh. 74, I. V. I.

Schwarze u. graue Hosen zu verkaufen. Alterstrafe 21, v. r.

Militärrock, gelb, in Bettuch

32 x 2. Lind., Greifstr. 4, II. M.

Militärbluse, Gr. 1, fast neu.

Gebrodanzug zu verkaufen.

Görlis., Regenstr. 2, Laden.

Neuer gr. **Milit.-Mantel** zu verl.

Preis 175 M. A. Schönes,

Emil.-Schubert-Str. 7, p. r.

Beitst. in Mair., Garderobe-

ständ, Kindergarten, guterh., v.

Lind., Gemeindeamtstr. 21, pt.

2 Kinder, Spielst., Fab., Bookleit.

Wirtshofsg. Schleierstr. 8, I. r.

Br. **Beitst.** e. in. Mair., v. v.

Kindergarten, 28, d. v. v. v.

Br. **Beitst.** v. v. v. v. v. v. v. v.

Für die

kommenden Ferien



B

empfehlen wir

praktische Knaben-Kleidung

in modernsten Formen

Knaben-Kittel-Anzüge
Knaben-Matrosen-Anzüge
Knaben-Blusen-Anzüge
Knaben-Jacken-Anzüge
Knaben-Norfolk-Anzüge
Knaben-Ueberzieher
Knaben-Pyjacks

Knaben-Wasch-Anzüge
Knaben-Wasch-Blusen
Knaben-Wasch-Hosen
Knaben-Sport-Blusen
Jünglings-Sacco-Anzüge
Jünglings-Ueberzieher
Jünglings-Wasch-Anzüge

Bezugsscheinfrei:
Seidene Knaben-Anzüge
Seidene Knaben-Blusen

Man beachte unsere Schaufenster!

Bamberger & Herz

Leipzig—Augustusplatz.



Rucksäcke

in solider, dauerhafter Ausführung
Lederriemen
Eigene solide Fabrikate
Karl Blaich
Windmühlenstrasse 32 Tauchaer Strasse 16
Spezialfabrik für Koffer, Taschen, Schul- u. Reiseartikel

Krämpfe

Das altbewährte Nervenpulver
"Nervinum Dr. Well" der
Schwanen-Apotheke, Frankfurt a. M. 205 wird ärztlich gern ver-
ordnet bei Krämpfen. Dr. Well —
Sie haben durch die privilegierte
Schwanen-Apoth., Frankfurt a. M.

Gefahrlos: 10%, Sämoqlob, 84%, Elfenstrom und 6% Engalititer!

Berein für Mutterschuh
befindet sich jetzt bis auf weiteres: Burgstr. 33, Zwischen-
geschoß (gegenüber: Ratskeller). Sprechstunden täglich,
außer Sonnabends, von 9—11 Uhr. Telefon: 367.

01844

Einlass 4 Uhr
Anfang 4½ Uhr
Ende 10½ Uhr

Fernruf



18195/96

Jugend-
vorstellung in
allen Theatern

Windmühlenstrasse 31

ASTORIA

Windmühlenstrasse 31

Heute unwiderruflich letzter Tag!

VERITAS VINCIT

Der grosse Prunkfilm mit **Mia May**

Ab Freitag

Tiefland

Drama nach der gleichnamigen Oper in 1 Vorspiel
und 3 Akten mit

Gesangseinlagen

Vorgetragen von der Kammersängerin Prl.

Luisa Fladitzer

In der Hauptrolle:

Wilhelm Klitzsch

Vorverkauf bei

Th. Althoff.

UNIVERSUM

Kurprinz-
strasse 8

Ab Freitag

Stuart Webbs

In seiner Glanzleistung als Meisterdetektiv

Das Panzergewölbe

3 Akte

Ein Hochzeitsmorgen

Spannendes Drama aus dem Leben
in 4 Akten

Heute zum letzten Male: „Das grosse Prachtprogramm“

Kammer-Lichtspiele

Windmühlenstrasse 7, am Königsplatz

Ab Freitag vollständig neues Doppel-Programm.
= 3000 Mark Belohnung! =

Detectiv-Burleske

„LEID DURCH LIEBE“

Hervorragendes Drama in 4 Akten

Hauptrolle: **LUDWIG TRAUTMANN**

Einlass täglich 1/4 Uhr
Sonntags 3 Uhr

Nur in den Lichtspielen Alberthalle (Krystall-Palast)
Ab morgen Freitag, den 11. Juli, bringen wir den sensationellen Kolonial-Film
„Die Kinder des Kapitän Grand“

7 Akte vollster Spannung!

1. Akt: Das unlesbare Testament.
2. " Quer durch die Kordilleren.

3. Akt: Durch die Pampas.
4. " In der Falle.
5. " Eine letzte gewaltige Anstrengung.

7 Akte vollster Spannung!

6. Akt: Paganell, der ewig Zerstreute.
7. " Ein Schrei in der Nacht.

Außerdem: „Um ihrer Liebe willen“

Liebes-Tragödie in 4 Akten.

Anfang: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr. — Bis 6 Uhr Jugend-Vorstellung.